



Unsere Welt



Polnische Einheiten an NATO-Manöver. Foto: Ministry of National Defence Republic of Poland

NATO-Gipfeltreffen in Warschau:

Bündnis in der Offensive

Die NATO und ihre illegalen Kriege stehen im Mittelpunkt der Veranstaltung der SFB zum Weltfriedenstag mit Dr. Daniele Ganser (siehe Ankündigung auf dieser Seite). Das jüngste NATO-Gipfeltreffen in Warschau vom 8. und 9. Juli 2016 bekräftigte den aggressiven «360-Grad-Ansatz» des Militärbündnisses. Wir dokumentieren Auszüge aus einer ausführlichen Analyse der Gipfelerklärung durch Jürgen Wagner von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) in Tübingen.

Von Jürgen Wagner

Wie sich die Zeiten ändern können – hiess es doch in der Abschlusserklärung des NATO-Gipfels von Rom im Jahr 1990 noch: «Die Mitgliedsländer der Nordatlantischen Allianz schlagen den Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes eine gemeinsame Erklärung vor, in der wir feierlich erklären, dass wir nicht länger Feinde sind.»¹ Nicht zuletzt die jahrzehntelange anti-russische Politik der NATO und die russischen Reaktionen darauf haben dafür gesorgt, dass vom damaligen Geist nichts mehr übrig ist. So heisst es heutzutage in der Gipfelerklärung von Warschau: «Russlands aggressive Handlungen, einschliesslich provozierender militärischer Aktivitäten an der Peripherie des NATO-Gebietes, und seine zur Schau gestellte Bereitschaft, politische Ziele durch die Drohung und Anwendung von Gewalt zu erreichen, sind die Ursache regionaler Instabilität, fordern die Allianz fundamental heraus, haben die euroatlantische Sicherheit beschädigt und gefährden unser langfristiges Ziel eines geeinten, freien und friedlichen Europa.» (Absatz 5)

Speerspitzen gegen Russland

Im Fortgang der Ukraine-Krise begann die NATO schon im April 2014 mit einer gegen Russland gerichteten Rüstungsoffensive, als die Kampfjets zur Luftüberwachung des Baltikums vervierfacht, die maritime Präsenz im Schwarzen Meer vergrössert und jede Kooperation mit Russland auf Eis ge-

legt wurden. Von da ab wurde auch die Zahl der Manöver drastisch erhöht – allein 2014 wurden 162 Übungen abgehalten, nach offiziellen Angaben rund doppelt so viele wie ursprünglich geplant.² Auf dem NATO-Gipfel in Wales im September 2014 erhielten diese Massnahmen mit dem «Bereitschafts-Aktionsplan» einen Rahmen und wurden um mehrere wesentliche Aspekte ergänzt. Beschlossen wurde dort u.a. die Aufstellung einer «Ultraschnellen Eingreiftruppe» (VJTF), die primär für Einsätze im unmittelbaren Umfeld Russlands gedacht ist. Als Umfang der auch «Speerspitze» genannten Einheit wird in den Medien meist die Zahl von 5 000 Soldaten angegeben. Ein Blick in den offiziellen Fact Sheet der NATO offenbart allerdings, dass es sich hierbei lediglich um die VJTF-Bodenkomponente handelt, weshalb die Gesamtstärke der Truppe 20 000 Soldaten beträgt. Um die Funktion als «zweite Welle» nach einem VJTF-Einsatz «besser» erfüllen zu können, wurde darüber hinaus das Kontingent der «Schnellen Eingreiftruppe» («NATO Response Force», NRF) deutlich von 13 000 zunächst auf 30 000 und dann auf 40 000 Soldaten nach oben geschraubt.³ Um künftig alle Manöver und möglichen Einsätze in Osteuropa leiten zu können, wurde ferner das Multinationale Korps Nord-Ost in Stettin unter polnisch-deutscher Führung massiv ausgebaut. Als «Sprungbrett» für Einsätze der VJTF wurden ausserdem inzwischen insgesamt acht neue NATO-Stützpunkte, sogenannte «NATO Force Integration Units»

(NFIUs), in Osteuropa eingerichtet, die ab September 2015 ihre Arbeit aufnehmen. Sie verfügen über eine verhältnismässig geringe Besatzung (je 40 Soldaten) und befinden sich in Estland, Lettland, Litauen sowie der Slowakei, Ungarn, Polen, Rumänien und Bulgarien.⁴

Obwohl die NATO also seit 2014 eine zutiefst Besorgnis erregende Ausrüstung ihrer Ostflanke eingeleitet hat, wurden schnell Stimmen laut, die diese Massnahmen als nicht ausreichend kritisierten – und je näher der Gipfel rückte, desto drängender wurden diese Stimmen. Im März 2016 veröffentlichte etwa der «German Marshall Fund» (GMF) die Forderungen mehrerer prominenter NATO-Strategen, darunter mit Karl-Heinz Kamp auch der Leiter der «Bundesakademie für Sicherheitspolitik» (BAKS): «Das Bündnis kann sich nicht allein auf erweiterte Abschreckung und kleine, mobile Einheiten wie die [...] VJTF verlassen [...]. Die Allianz [muss] zu einer Strategie hin zu einer erhöhten Vorwärtspräsenz übergehen, die als stabilisierende und abschreckende Kraft stationiert ist, bevor ein Konflikt beginnt. [...] Solch eine Truppe muss kampfbereit sein [...]. Die Grössenordnung von einer Brigade in einem der baltischen Staaten und in Polen wäre ein guter Anfang.»⁵ Zwei Brigaden, also bis zu 10 000 Soldaten, waren wiederum dem ehemaligen NATO-Generalsekretär Wesley Clark nicht genug, der zusammen mit weiteren hochrangigen NATO-Militärs kurz darauf die Verlegung von drei Brigaden forderte.⁶

Ganz diese Dimension ist es dann doch nicht geworden, dennoch ist es schlimm genug, dass sich die NATO-Verteidigungsminister auf ihrem Treffen im Juni 2016 auf die Verlegung von vier Bataillonen – also 4 000 Sol-

Fortsetzung Seite 2

Aus dem Inhalt

Kolumbien: Historisches Friedensabkommen	2
Buchbesprechung: In Syrien leben	3
Kuba-USA: Zwischenbilanz einer kubanischen Diplomatin	4
Gewissensgefangene: Meine Cousine Ana Belén Montes	5
Atomfreie Schweiz: Die Geschichte wird weitergeschrieben	6
Handelsabkommen: Globalisierung des Faschismus	7
Fidel: Auf dem Jungfrau-Joch erwünscht	8

Jahrestagung der SFB

Beharrlich für den Frieden

Am Samstag, den 21. Mai 2016 kamen zahlreiche Mitglieder und Interessierte/Freunde der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB) im Restaurant Rebhaus in Basel zur Jahrestagung zusammen.

Julia Hoppe, Sekretärin der Schweizerischen Friedensbewegung, begrüsst im speziellen als Ehrengast Martha Martin, die viele Jahre ebenfalls Sekretärin der SFB war und in diesem Jahr 90 Jahre alt geworden ist (wir berichteten UW 2/2016).

Anschliessend wird das Protokoll von der Jahrestagung 2015 verlesen und einstimmig angenommen. Es folgen die Jahresberichte: Julia Hoppe präsentiert das zurückliegende Jahr aus Sicht des Sekretariats und verweist auf die enorme Wichtigkeit der Zeitung, des Weltfriedenstag sowie der Zusammenkünfte mit dem Weltfriedensrat. Sämi Wanitsch, der als Vertreter des Weltfriedensrats im UNO-Menschenrechtsrat sitzt, berichtet von seinen Erlebnissen und Eindrücken aus Genf. Martin Schwander, verantwortlicher Redaktor der Zeitung «Unsere Welt», dankt allen die an der Herausgabe und dem Versand der Zeitung beteiligt sind. Die UW spiegelt unsere Einstellung zum Weltgeschehen und unsere Werte wieder; unser wichtigstes Aktionsfeld, so Schwander.

Die Jahresberichte werden jeweils mit Applaus genehmigt.

Der Kassen- und Revisorenbericht wird einstimmig genehmigt und dem Kassier die Decharge erteilt und für seine Arbeit gedankt. Es wird darauf hingewiesen, dass die SFB im vergangenen Jahr u.a. die Internationale Konferenz in Guantánamo gegen Militärstützpunkte mitfinanziert hat. Die Budgetvorstellungen für 2016/2017 werden angenommen.

Den Revisorinnen Anna-Lise Nicolodi und Magdalena Hohl wird für ihre wichtige Arbeit gedankt und sie werden für ein weiteres Jahr (2016/2017) gewählt.

Fränzi Genitsch, Christoph Jäggi, Jonas Jäggi, Toni Mächtlinger, Ruedi Moser, Monika Waser, Louise Stebler, Sämi Wanitsch, Martin Schwander und Julia Hoppe werden in global wieder in den Vorstand gewählt. Yannick van den Berg tritt aus dem Vorstand zurück. Julia Hoppe wird als Sekretärin bestätigt.

Die Jahrestagung bietet eine gute Möglichkeit sich u.a. in die Gestaltung des Weltfriedenstag einzubringen, was auch rege genutzt wurde. Aus den Themenvorschlägen wählte der Vorstand später jenen zur NATO aus (siehe Hinweis unten).

Internationaler Tag
des Friedens
friedensbewegung.ch

Schleicht sich die
Schweiz in die NATO?

Referat und Diskussion mit
Dr. Daniele Ganser

Mittwoch, 21. September 2016
19 Uhr, UNION, Klybeckstr. 95, Basel
Eintritt frei. Platzreservation: sfb@bluewin.ch

SFB
Schweizerische Friedensbewegung

Bündnis in der Offensive...

Fortsetzung von Seite 1

daten – verständigt hatten, die nun auf dem Gipfeltreffen in Warschau unter der Bezeichnung «Verstärkte Vorwärtspräsenz» («enhanced forward presence») endgültig beschlossen wurde. Dabei soll je ein Bataillon in Litauen (unter deutscher Führung), Estland (Grossbritannien), Lettland (Kanada) und in Polen (USA) «beheimatet» sein (Absatz 40). Je nach Definition des Begriffes «substantiell» handelt es sich hierbei um einen Bruch der NATO-Russland-Grundakte von 1997, in der sich das westliche Militärbündnis dazu verpflichtete, keine «substantiellen Kampftruppen dauerhaft» in Osteuropa zu stationieren.⁷

Auf nahezu gleichbleibend hohem Niveau soll darüber hinaus auch die Manövertätigkeit bleiben – wie die NATO ankündigte, sind für 2016 insgesamt 240 Übungen geplant.⁸ Russland reagierte seinerseits wiederum, indem es im Januar 2016 ankündigte, drei Divisionen (30 000 Soldaten) an seine Westgrenze zu verlegen.⁹ Dies alles erhöht die Gefahr «versehentlich» Zusammenstöße zwischen Truppen der NATO und Russlands erheblich, wovon unter anderem das «European Leadership Network» immer wieder eindringlich warnt.¹⁰ Besonders Besorgnis erregend ist in diesem Zusammenhang vor allem auch die offene Diskussion über die Rolle von Atomwaffen in einem möglichen westlich-russischen Konflikt.

Spiel mit dem Feuer

Aufhorchen liess kürzlich das Buch «2017 War with Russia» von Richard Shirreff, der zwischen 2011 und 2014 den Posten des stellvertretenden NATO-Oberkommandeurs in Europa innehatte. Er argumentierte im Mai 2016, es sei zwar nicht zwingend, aber «sehr wahrscheinlich», dass es zu einem Atomkrieg mit Russland kommen werde. Ihm sprang im Vorwort des Buches James Stavridis, von 2009 bis 2013 NATO-Oberkommandierender in Europa, zur Seite: «Unter Präsident Putin hat Russland einen gefährlichen Kurs eingeschlagen. Sollte es ihm erlaubt werden, damit fortzufahren, wird dies zwangsläufig zu einer Kollision mit der NATO führen. Und das wird einen Krieg bedeuten, der schnell auch atomar geführt werden könnte.»¹¹

Russland wird vorgeworfen, seine Militärdoktrin derart verändert zu haben, dass der Einsatz taktischer Atomwaffen auf einem begrenzten Gefechtsfeld erwogen werde, um hierdurch die konventionelle Überlegenheit des Westens auszugleichen – ob dies zutrifft, ist allerdings eine andere Frage.¹² Jedenfalls wird aus diesem Grund schon seit einiger Zeit von prominenten Strategen eine Überprüfung der NATO-Nuklearstrategie mit dem Ziel gefordert, die Rolle von Atomwaffen wieder aufzuwerten.¹³ So wurde nur wenige Tage vor Beginn des Gipfeltreffens sogar im Hausblatt der Allianz, der «NATO-Review», ein Artikel mit dem Titel «Atomare Abschreckung und die Allianz im 21. Jahrhundert» platziert: «Die Abschreckung ist zurück und die NATO muss eine glaubwürdige Verteidigung und Abschreckung mit Blick auf viele verschiedene Gefahren wiedererlangen [...] Zu dieser Debatte gehört eine starke nukleare Komponente.»¹⁴

Auf den ersten Blick ähneln viele diesbezügliche Passagen der Warschau-Gipfelerklärung trotzdem früheren Abschlussdokumenten. Dennoch gibt es aber einige wichtige Unterschiede: Erstens wurde verbal – im Fachjargon: deklaratorisch – der Ton etwas angezogen: «Jeder Einsatz von Atomwaffen gegen die NATO würde den Charakter eines Konfliktes fundamental verändern. Niemand sollte an der Entschlossenheit der Nato zweifeln, wenn die Sicherheit eines

ihrer Mitglieder bedroht sein sollte. Die NATO hat die Kapazitäten und die Entschlossenheit, einem Gegner Kosten zuzufügen, die inakzeptabel wären und die Vorteile, die ein Gegner erhoffen könnte, weit überwiegen.» (Absatz 54)

Zweitens wird gegenüber früheren Jahren stärker die Rolle der in Europa im Rahmen der Nuklearen Teilhabe stationierten US-Atomwaffen hervorgehoben, die zum Beispiel 2014 nicht einmal erwähnt worden waren: «Die nukleare Abschreckungskomponente der NATO basiert ausserdem zum Teil auf den vorwärtsstationierten US-Atomwaffen in Europa und der diesbezüglichen Infrastruktur der Alliierten.» (Absatz 53) Wurde vor einigen Jahren noch über den Totalabzug der Waffen debattiert, ist nun ein massives Modernisierungsprogramm eingeleitet worden, das die Einsetzbarkeit der in fünf NATO-Ländern diesseits des Atlantiks – u.a. in Deutschland in Büchel – lagernden Waffen erheblich «verbessert». Unklar ist dagegen, wie mit dem Wunsch einiger osteuropäischer Länder, insbesondere Polens, verfahren wurde, der Nuklearen Teilhabe beizutreten und damit US-Atomwaffen auf ihrem Territorium zu stationieren.

Drittens wurde auf dem Gipfel erklärt, man mache weiter Fortschritte beim Aufbau der NATO-Raketenabwehr. Ein «neuer Meilenstein» sei erreicht worden, die «Initial Operational Capability» sei ein «wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer NATO-Raketenabwehr», heisst es in der Gipfelerklärung (Absatz 57). Zwar wird unmittelbar darauf deutlich betont, das System sei «nicht gegen Russland gerichtet» (Absatz 59), Moskau sieht darin aber dennoch mit einigem Recht den Versuch, seine Zweitschlagfähigkeit – und damit seine Fähigkeit, einen NATO-Angriff abzuschrecken – auszuhebeln.¹⁵

Und schliesslich betrifft der letzte wichtige Punkt der Abschlusserklärung noch den komplex Abrüstung und Rüstungskontrolle. Schon vor dem Gipfel wurden die Aussichten für weitere nukleare Abrüstungsrunden teils für tot erklärt, wenn u.a. Karl-Heinz Kamp, Chef der «Bundesakademie für Sicherheitspolitik», schrieb: «Unter den aktuellen konfrontativen Bedingungen ist eine gemeinsame Reduzierung der Atomwaffen in Europa kaum noch vorstellbar. [...] Damit ist nukleare Rüstungskontrolle nicht grundsätzlich ausgeschlossen sie bleibt integraler Teil westlicher Sicherheitspolitik. Allerdings ist sie dem Zweck der Sicherheitsvorsorge eindeutig nachgeordnet. Es ist nicht der primäre Daseinszweck einer Nuklearwaffe, aber gerüstet zu werden. Zweck einer Kernwaffe – wie auch jeder anderen Waffen – ist es, zur Sicherheit und Verteidigung beizutragen.»¹⁶ Ganz ähnlich heisst es auch in der Warschau-Erklärung (Absatz 65): «Fortschritte bei der Rüstungskontrolle und Abrüstung müssen die vorherrschende internationale Sicherheitsumgebung berücksichtigen. Wir bedauern, dass die Umstände, um Abrüstung zu erreichen, nicht günstig sind.»

Unklar ist, ob sich die Allianz in Warschau wie vielfach gefordert, auf eine grundlegende Überarbeitung ihrer Nuklearstrategie verständigt hat. (...)

Präsenz an der Südflanke

Während der Diskussionsphase vor dem Gipfel wurde allerorten gefordert, trotz der «Notwendigkeit», die Konfrontation mit Russland suchen zu müssen, dürften andere Regionen und Politikbereiche, insbesondere die Südflanke, nicht vernachlässigt werden. Wie eingangs erwähnt, wurde dies auf die Formulierung, man verfolge einen «360-Grad-Ansatz», heruntergebrochen. Dem wurde mit mehreren Entscheidungen auf dem

Gipfeltreffen Rechnung getragen: Während Libyen eine NATO-Ausbildungsmission angeboten wurde, sollte dies die diesbezüglich derzeit noch recht skeptische neue Einheitsregierung wünschen (Absatz 93), ist man mit dem Irak schon deutlich weiter. Während bislang irakische Einheiten in Jordanien ausgebildet wurden, äusserte die irakische Regierung schon im Mai 2016 die Bitte, auch im Land selbst eine NATO-Ausbildungsmission zu starten. Dem wurde nun entsprochen, in der NATO-Gipfelerklärung heisst es, man habe sich darauf verständigt, «ein NATO-Training der irakischen Sicherheits- und Militärkräfte im Land durchzuführen.» (Absatz 95)

Und schliesslich wurde noch der Einsatz von Awacs-Flugzeugen gegen den «Islamischen Staat» beschlossen, an dem sich dann wohl auch deutsche Soldaten beteiligen werden – damit steigt die NATO auch offiziell in die Kriege im Irak und in Syrien ein: «Die Bündnispläne sehen vor, dass die mit moderner Radar- und Kommunikationstechnik ausgestatteten Flugzeuge von der Türkei und der Mittelmeerküste aus den Luftraum über Syrien und dem Irak überwachen. Wenn der Einsatz wie geplant nach dem Sommer beginnt, werden aller Voraussicht nach auch deutsche Soldaten zum Einsatz kommen. Die Bundeswehr stellt nach eigenen Angaben rund ein Drittel der Besatzungsmitglieder für die aus 16 Flugzeugen bestehende Awacs-Flotte der Nato.»¹⁷ (...)

Geldregen

Bereits auf dem Wales-Gipfel im September 2014 verständigten sich die Staats- und Regierungschefs – allerdings nicht rechtlich bindend – darauf, 2% des BIP für Rüstung auszugeben. Während die Mitgliedsländer laut dem Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI 2015 905 Mrd.

Dollar ausgaben, würde die Einhaltung des 2-Prozent-Ziels eine Erhöhung der Rüstungsausgaben um satte 100 Mrd. Euro erfordern.

Davon ist die Allianz zwar noch ein gutes Stück entfernt, dennoch jubelt sie in ihrer Abschlusserklärung des Warschau-Gipfels, die «Kehrtwende» bei den Rüstungsausgaben sei geschafft (Absatz 34). Und tatsächlich bestätigen die konkreten Zahlen, dass es aus Sicht der NATO allen Grund zur Freude gibt: «Beim Geld soll in der Nato die Freundschaft nicht aufhören. [...] So stiegen die Verteidigungsausgaben, die 2014 noch um real ein Prozent geschrumpft waren, im vergangenen Jahr im Durchschnitt der Nato-Länder um 0,6 Prozent. Für das laufende Jahr wird mit einem weiteren Anstieg um drei Prozent gerechnet. Dies entspreche einer Zunahme um acht Milliarden Dollar, sagte Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg. Immerhin 22 Partnerstaaten, darunter auch Deutschland (derzeit bei 1,19 Prozent des BIP), hätten ihre Ausgaben gesteigert.»¹⁸

Selbstredend geht das Vielen im Bündnis noch nicht weit genug: «Das reicht aber nicht. Wir haben die Einschnitte gestoppt und bewegen uns jetzt in die richtige Richtung», sagte Douglas Lute, US-Botschafter bei der NATO. «Aber in den nächsten 8 Jahren werden wir viel Gewicht stemmen müssen. Einige von uns sind von den zwei Prozent nämlich weit entfernt.»¹⁹ (...)

Vollständige Analyse auf imi-online.de

Anmerkungen

¹London Declaration On A Transformed North Atlantic Alliance, London 5-6 July 1990.

²Proben für den Krieg, Süddeutsche Zeitung, 12.08.2015.

³NATO's Readiness Action Plan, Nato Fact Sheet, July 2016.

Nach 50 Jahren sollen die Waffen schweigen**Pax Colombiana**

Die Delegationen der Regierung Kolumbiens und der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee (FARC-EP) verkündeten am 24. August in Havanna, dass sie sich über ein endgültiges, integrales und definitives Friedensabkommen über alle Punkte der Agenda zur Beilegung des Konflikts und zum Aufbau eines Stablen und Dauerhaften Friedens in Kolumbien geeinigt hätten. Die Ausführung dieses endgültigen Abkommens wird definitiv den über fünfzig Jahre andauernden bewaffneten Konflikt beenden.

«Wir haben die schönste aller Schlachten gewonnen: den Grundstein für den Frieden und das Zusammenleben in Kolumbien gelegt», sagte der Leiter der Delegation der Guerilla bei den Friedensgesprächen in Havanna Kommandant Iván Márquez nach der Unterzeichnung der endgültigen Einigung zwischen FARC-EP und der kolumbianischen Regierung.

«In Havanna haben wir das Abkommen unterzeichnet, das in Kolumbien am meisten herbeigesehnt wurde. Grund und Boden, Demokratie, Politik ohne Waffen sind nur einige der Elemente eines Vertrages, der in Stein gemeisselt werden muss und die Zukunft in Würde und den Frieden für alle garantiert», fügte Márquez hinzu.

Er sagte, dass nach Beendigung des Krieges mit Waffen die Debatte der Ideen beginne. «Der Vertrag ist ein Ausgangspunkt, damit das Volk die sozialen Umwandlungen gestalten kann, die die Mehrheit fordert. (...)

Heute übergeben wir dem kolumbianischen Volk das, was wir aufgebaut haben, damit die Kraft der Einheit beginnt, eine Gesellschaft der Zukunft zu errichten, die ihren Schwerpunkt in der Souveränität, der Demokratie und den Beziehungen von Gleichheit und Brüderlichkeit aller hat. (...)

Wir haben Verpflichtungen zu den sechs Punkten unterschrieben, die in die Agenda eingefügt wurden.» Dabei

ging Márquez auf die Rückgabe von Land, den Kampf gegen die Drogen, den Waffenstillstand, das Einstellen von Feindseligkeiten so wie die Abgabe der Waffen ein.



Guerilla-Kommandant Iván Márquez. Foto granma

Er kündigte auch eine Internationale Guerilla Konferenz in Kolumbien an, die höchste Instanz, der die Friedensvereinbarungen zur Beurteilung vorgelegt wird.

⁴Nathalie Schüler: Aufrüstung der NATO-Ostflanke. Die Umstrukturierung der NATO-Politik, Ukraine-Konflikt und Russland-Krise, in: DFG-VK/IMI (Hg.): Die 360° NATO: Mobilmachung an allen Fronten, Tübingen, Juni 2016, S. 27-33. (...)

⁵NATO in a World of Disorder: Making the Alliance Ready for Warsaw: Making the Alliance Ready for Warsaw, Advisory Panel on the NATO Summit 2016, German Marshall Fund, März 2016, S. 10.

⁶Clark, Wesley u.a.: Closing NATO's Baltic Gap, ICDS-Report, Mai 2016, S. 7.

⁷«Grundakte über Gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Russischen Föderation», NATO 27. Mai 1997.

⁸Exercises in 2016, Nato Fact Sheet, July 2016.

⁹Die «Lücke von Suwalki» ist die Achillesferse der Nato, Die Welt, 09.07.2016.

¹⁰Russia: West Dangerous Brinkmanship Continues, European Leadership Network, März 2015.

¹¹West and Russia on course for war, says ex-Nato deputy commander, The Guardian, 18.05.2016.

¹²Siehe zur Diskussion Wagner, Jürgen: Atomare Muskelspiele, in: DFG-VK/IMI 2016, S. 64-70.

¹³NATO in a World of Disorder: Making the Alliance Ready for Warsaw: Making the Alliance Ready for Warsaw, Advisory Panel on the NATO Summit 2016, German Marshall Fund, März 2016, S. 6.

¹⁴Camille Grand: Nuclear deterrence and the Alliance in the 21st century, NATO Review, 04.07.2016.

¹⁵Wagner 2016.

¹⁶Kamp, Karl-Heinz: Das atomare Element im Russland Ukraine-Konflikt, BAKS-Arbeitspapier Nr. 3/2015.

¹⁷Awacs-Einsatz im Kampf gegen IS-Miliz beschlossen, n24, 09.07.2016.

¹⁸Trendwende bei Nato-Ausgaben, FAZ, 09.07.2016.

¹⁹Der ewige Streit um das Geld, Tagesschau Online, 09.07.2016.

Márquez bekannte, dass der Weg dahin hart und voller Schwierigkeiten gewesen sei, aber man mit einem Herzen voller Liebe für das Vaterland daran gearbeitet habe. «Wir sind der festen Überzeugung, dass wir die Vorstellungen unserer Kampfgefährten wiedergegeben haben, die bei ihrem Kampf an die Möglichkeit eines gerechten Vaterlandes gedacht haben».

An einer anderen Stelle seiner Rede sprach er über die Umwandlung der Guerillabewegung in eine politische Partei.

«Wir umarmen das Volk Kolumbiens und versichern ihm, dass der Guerillakampf keinen anderen Sinn hatte, als dem menschlichen Leben Würde zu verleihen», betonte er.

Márquez sagte, es sei nicht möglich, die Kraft der Veränderung eines Volkes aufzuhalten, das seine Rechte einfordere. «Das Volk Kolumbiens fordert Antworten auf seine Sorgen und die Regierung muss diese durch ihre Handlungen geben.»

Für Márquez ist in der Unterzeichnung implizit die Verpflichtung der Nicht-Wiederholung enthalten. Er sagte, dass man damit zu vermeiden hoffe, dass die Waffen noch einmal gegen Kolumbianer gerichtet werden. «Der Frieden ist für alle, er ruft uns zur Besinnung auf und sagt uns, dass es möglich ist, das Land nach vorne zu bringen. Wir werden Frieden haben, wenn die Verträge eingehalten werden», sagte er.

Er drückte auch seinen Wunsch aus, dass die Nationale Befreiungsarmee (ELN, eine weitere kolumbianische Guerilla-Bewegung, die Red.) einen Weg der Annäherung an den Frieden finden könne.

Zum Schluss sprach er im Namen der FARC-EP dem Volk und der Regierung Kubas seinen Dank aus, für alles, was sie getan haben. (*Quelle: granma internacional*)

Buchbesprechung

In Syrien leben

Nachdem wir in der März-Nummer von «Unsere Welt» ausführlich das Syrien-Buch «Flächenbrand» von Karin Leukefeld besprochen haben, hat sich Antoinette Mächtlinger nun Leukefelds neuester Publikation «Syrien zwischen Schatten und Licht» angenommen.

Von Antoinette Mächtlinger

In «Flächenbrand» schildert Karin Leukefeld die historisch-politischen Hintergründe der Konflikte in der arabischen Welt und deren Entwicklung bis in die Gegenwart.

Das tut sie auch im vorliegenden Werk «Syrien zwischen Schatten und Licht», in regelmässigen Einschüben. Und im Anhang präsentiert sie unter dem Titel «Hundert Jahre Syrien 1916-2016» eine äusserst informative chronologische Übersicht. Des Weiteren ein Kapitel «Begriffserklärungen» und ein Literaturverzeichnis.

Aber uns interessiert hier eine Besonderheit. Die Autorin, die als Journalistin seit dem Jahr 2000 für verschiedene deutschsprachige Medien aus Syrien berichtet, lässt Syrerinnen und Syrer zu Wort kommen. Die Berichte basieren auf Interviews. Nein, der Begriff Interview ist zu oberflächlich; Leukefeld kennt diese Menschen, zum Teil seit vielen Jahren, und sie hat immer wieder tiefgründige Gespräche mit ihnen geführt. Manche Gesprächspartner sind auch im Bild festgehalten.

Den Anfang macht der palästinensische Ökonom Yusif Sayigh, 1916 am westlichsten Punkt der Sykes-Picot-Linie geboren. Es ist das Jahr des geheimen Abkommens, in dem Frankreich und Grossbritannien die osmanischen Provinzen willkürlich in eigene Mandatsgebiete aufteilen. Und es ist die Linie, die den Nahen Osten auf unabsehbare Zeit aus dem Gleichgewicht bringt. Anschaulich erzählt Sayigh von seiner Kindheit und Jugend und von der Flucht 1925, als der Aufstand der Drusen ausbricht. Sayigh setzt sich bis zu seinem Tod 2004 für die Rechte der Palästinenser ein. Dieser Bericht geht nicht auf ein persönliches Gespräch zurück, sondern auf ein Buch seiner Ehefrau.

Persönliche Begegnungen schildert die Autorin in den meisten andern Berichten. Zum Beispiel mit einem Abgeordneten der Baath-Partei. Er erzählt von seinen erfolglosen Versuchen, zwischen den verfeindeten Parteien zu vermitteln. Doch Karin Leukefeld versteht es, auch immer wieder die Umgebung erlebbar zu machen. Sie geht mit der Frau des Abgeordneten einkaufen: «Das Gewürzgeschäft ist eines der ältesten in Damaskus. Für Männer und Frauen gibt es zwei verschiedene Eingänge, die Regale sind vom Boden bis zur Decke mit Gewürzen aller Art gefüllt, auch Seifen und unzählige Teesorten kann man kaufen.»

In den Kapiteln über Händler der «Geraden Strasse» und Kunsthandwerker in Damaskus ist die Rede von begrünten Innenhöfen und Springbrunnen, von farbigem Glas und Jasminduft. «In den Souks, den Märkten, auf der Geraden Strasse und um die Umayyaden-Moschee herum entstand eine einzigartige Vielfalt von Menschen und Waren, ein Mosaik.» All diese Beschreibungen beziehen sich – auf die Vergangenheit. Viele Läden sind geschlossen, Tourismus gibt es nicht mehr. Wegen der enormen Teuerungsraten suchen die Syrer nach zwei oder drei Arbeitsstellen, um ihre Familien durchzubringen. «Diesen Krieg wollen wir nicht», sagt ein syrischer Kurde, der in einer Nähstube Arbeit gefunden hat.

Und die Zukunft? Junge Leute setzen sich mit ihr auseinander. Die Autorin hat den Dolmetscher Amer «vor einigen Jahren in besseren Zeiten» kennengelernt, und er hat sie

in seinen Freundeskreis eingeführt. Die Kerngruppe bilden fünf Leute zwischen 25 und 32 Jahren; sie sind unterschiedlicher Herkunft und Religionszugehörigkeit. Was sie verbindet ist ihr kritischer Geist. Mit fliegenden Fahnen sind sie 2011 in den revolutionären Frühling gezogen, haben sich an Versammlungen die Köpfe zerbrochen. Doch alle Vorschläge sind in der anhaltenden Gewalt untergegangen. Auch von aussen ist keine Unterstützung zu erwarten, die Europäische Union zum Beispiel hat schon im Herbst 2011 alle Projekte mit Syrien suspendiert.

Die Gruppe trifft sich immer wieder. Die Zusammenkunft im Sommer 2012 muss mehrmals verschoben werden wegen Schiessereien, die sich bis vor das Wohnhaus der Autorin ausweiten. Die jungen Leute haben Schlimmes erlebt, aber sie geben nicht auf. Noch nicht. Sie helfen Inlandsvertriebenen, sind aktiv in lokalen Versöhnungskomitees, einer gründet einen Kulturverein. Aber ihre intensiven Diskussionen über die Zukunft ihres Landes enden in Ratlosigkeit. Ein Jahr später: Jihad, der junge Palästinenser, hat die Flucht aus dem Lager Yarmuk hinter sich (eine halbe Million Menschen wurden innerhalb eines Tages vertrieben). Julia hat Hochzeit gefeiert, Rawa ist schwanger, Amer hat noch Arbeit. Doch dann kommt der Herbst 2014. Karin Leukefeld trifft – niemand. Immerhin erfährt sie, dass Amer und Jihad die Flucht nach Europa gelungen ist.

Am Schluss ein schwacher Lichtblick. Im Sommer 2015 ist Julia wieder da. Sie hat ihr Studium abgeschlossen, ihr Mann betreibt ein kleines Restaurant in der Altstadt. Salim hat sein Kulturprojekt, Safwan sein Begegnungszentrum für Inlandsvertriebene mit Hilfe von Spendengeldern ausbauen können. Mit seiner Aussage endet das Buch: «Jetzt müssen wir uns um das Heute kümmern, es gibt genug zu tun. Aber eines Tages wird das Chaos vorbei sein, und dann werden es die Frauen sein, die Syrien wieder aufbauen. Die Männer sind tot, im Gefängnis, oder sie haben das Land verlassen. Aber die Frauen sind hier, sie werden Syrien wieder aufbauen.»



Karin Leukefeld, *Syrien zwischen Schatten und Licht – Menschen erzählen von ihrem zerrissenen Land. Mit zahlreichen SW-Fotos.*

Rotpunktverlag Zürich, 1. Auflage November 2015; 336 Seiten

Zu beziehen bei Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel, Tel. 061 261 02 89, buecher-waser@bluwien.ch



Weltfriedensrat: Regionaltreffen Amerika und Karibik

Am 18. und 19. Juli 2016 kamen VertreterInnen von zehn Mitgliederorganisationen des Weltfriedensrats (WFR) aus Nord- und Südamerika sowie der Karibikstaaten zum Regionaltreffen in Toronto, Kanada zusammen. Geleitet wurde das Treffen durch die brasilianische WFR-Präsidentin Socorro Gomes und WFR-Regionalkoordinator Silvio Platero aus Kuba. Die kubanische Delegatin reiste mit Unterstützung der Schweizerischen Friedensbewegung an.

Das Treffen stand u.a. im Zeichen der Vorbereitung der Weltfriedensversammlung vom 17. bis 19. November 2016 in Sao Luis, Brasilien. Die Teilnehmer der Konferenz einigten sich darauf, die kommende Versammlung zur Mobilisierung aller Kräfte und Ressourcen zu nutzen, um ein starkes Signal gegen die Ausweitung des Imperialismus in allen Weltregionen zu setzen. Mit zahlreichen Organisationen und Menschen soll ein Statement für den Frieden und gegen das Wettrüsten, für die Förderung des Fortschritts und sozialer Gerechtigkeit gesetzt werden.

Des Weiteren wurden die Daten für zwei wichtige internationale Anlässe auf Kuba veröffentlicht: Das 1. Internationale Seminar zu «Realitäten und Herausforderungen an die Proklamation Lateinamerikas und der Karibik als Zone des Friedens» (21. bis 23.09.2016, in Havanna) sowie das 5. Internationale Seminar für den Frieden und die Abschaffung der ausländischen Militärstützpunkte (4. bis 6.05.2017, in Guantanamo). (jh)

Aufruf an die internationale Solidarität

Israel zur Verantwortung ziehen

Israel müsse für seine Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung gezogen werden, meint die US-Amerikanerin und Geschäftsführerin der «Jewish Voice for Peace» Rebecca Vilkomerson: «Ich bin Jüdin und möchte, dass die Leute Israel boykottieren.» Trotz wachsendem Verständnis in der US-Bevölkerung für Sanktionen gibt es aber auch institutionellen Widerstand.

Von Rebecca Vilkomerson

2009 lebte ich während der Operation Gegossenes Blei in Tel Aviv. Während jenes Angriffs tötete Israel ungefähr 1 400 Palästinenser in Gaza. Wenn wir in kleinen Gruppen auf die Strassen gingen, um gegen den Krieg zu demonstrieren, wurden wir oft von Passanten mit Eiern beworfen oder angegriffen. Als ich meine Kinder von deren Vorschule abholte, unterhielten sich die Eltern, als würde gar nichts Ungewöhnliches im Gange sein. Als sie mich fragten, was schief ginge, antwortete ich ihnen, ich sei von den Ereignissen in einer Entfernung von nur 40 Meilen von uns zutiefst betrubt. Ihre Antwort: ein peinliches Schweigen oder eine wütende Verteidigung der israelischen Operationen.

Ich wollte konkret handeln, um den Palästinensern zur Freiheit und zu den vollständigen Rechten zu verhelfen. Daher schloss ich mich der BDS-Bewegung (Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen) an. Der gewaltfreie Versuch, der 2005 von einer breiten Koalition von Organisationen aus der palästinensischen Zivilgesellschaft ins Leben gerufen wurde, ist ein Aufruf an die Solidarität von Seiten der internationalen Gemeinschaft, damit Israel das Völkerrecht einhält und damit aufhört, gegen die Rechte der Palästinenser zu verstossen. Es ist ein steiler Weg, denn der Gouverneur meines eigenen Staates, des Staates New York, hat die BDS-Bewegung vor kurzem durch einen einseitigen Erlass verurteilt.

Externen Druck verstärken

Sieben Jahre später gab es inzwischen zwei weitere grausame Angriffe gegen Gaza. 2014 wurden ungefähr 500 palästinensische Kinder getötet. Und auch wenn es im Moment keine intensiven Bombenangriffe mehr gibt, besteht die Gazablockade immer noch. Die Bewohner des Westjordanlandes sind durch die israelische Kontrollmatrix in der Region schwer eingeschränkt, beispielsweise durch Strassensperren, Verwaltungshaft und den Abriss von Häusern. Innerhalb Israels, leben die Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft in einem System ungerechter Gesetze und

ungleicher Rechte. Die Flüchtlinge ausserhalb Israels haben kein Rückkehrrecht in ihre Heimat.

Natürlich gab es in dieser Zeit auch Angriffe gegen israelische Zivilisten. Diese sind ein abscheuliches Symptom der fortlaufenden Besetzung und Unterdrückung, wie der Bürgermeister von Tel Aviv Ron Huldai nach einem vor kurzem in Tel Aviv ausgeübten Angriff, der vier jüdischen Israelis das Leben kostete, hervorhob.

Ich bin der Ansicht, dass Israel erst seine Politik ändern wird, wenn der externe Druck nicht mehr ignoriert werden kann. Die BDS-Bewegung ist ein sehr nützliches Instrument, um den Staat zum Handeln aufzufordern. Und während meiner Zeit in der Bewegung waren wir immer erfolgreicher. Grosse Kirchen haben Investments aus den Gesellschaften zurückgezogen, die von der Besetzung profitieren. Dutzende US-Universitäten haben Desinvestitionsbeschlüsse erlassen. Mehr als 100 Künstler weigern sich, in Israel aufzutreten und internationale Konzerne wie G4S und Veolia haben sich aus dem israelischen Markt zurückgezogen.

Seitdem hat es auch eine Verlagerung in der öffentlichen Meinung gegeben. Einer Umfrage des Brookings Institute von 2015 zufolge unterstützen 49 Prozent der Demokraten die Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen Israel wegen des Siedlungsbaus. Eine Pew-Umfrage, die vor einigen Monaten veröffentlicht wurde, gelangte zum ersten Mal zum Ergebnis, dass liberale Demokraten mehr Empathie für Palästinenser als für Israelis aufweisen. Im Mai gelangte das Rechercheunternehmen Ipsos zur Schlussfolgerung, dass ein Drittel der US-Amerikaner den Boykott, die Desinvestitionen und Sanktionen gegen Israel akzeptieren, solange Israel die Rechte der Palästinenser nicht respektiert.

Aber unsere Bemühungen wurden hier in den USA durch eine landesweit seitens der israelischen Regierung und ihren Befürworterorganisationen koordinierte und gut finanzierte Strategie vereitelt. Allein im letzten Jahr haben 22 Staaten Gesetze gegen die BDS-Bewegung eingeführt oder erlassen. Der Grossteil dieser Mass-

nahmen erklärte es für gesetzwidrig, Geschäfte mit Unternehmen zu machen, die die BDS-Bewegung unterstützen. Der Gouverneur von New York Andrew Cuomo (D) hat jene Strategie ausgeweitet, indem er mit einer drakonischen Verfügung sämtliche Unternehmen und Organisationen auf eine schwarze Liste setzen liess, welche sich gegen eine Investition in Israel entschieden oder für die BDS-Bewegung plädiert haben. Cuomos Erlass umging das Parlament des Bundesstaates, in welchem der Widerstand von Seiten der Unterstützer der Rechte der Palästinenser und der Meinungsfreiheit, inklusive vieler Mitglieder von Jewish Voice for Peace, die Anti-BDS-Gesetzgebung im Gesetzausschuss erfolgreich blockiert hatte.

Auf der falschen Seite der Geschichte

Es ist nicht diskriminierend, einen Staat für seine Verstösse gegen das Völkerrecht und seine Menschenrechtsverletzungen verantwortlich zu machen. Der israelische Staat deckt sich nicht mit dem jüdischen Volk.

Meine Töchter, die ich 2009 in Tel Aviv aus der Vorschule abgeholt hatte, sind nun Mittelschülerinnen in Brooklyn. Falls sie als israelische Staatsbürgerinnen jemals die Entscheidung treffen sollten, in Israel/Palästina zu leben, so hoffe ich, dass dies ein Ort sein wird, in dem alle Menschen, Juden und Palästinenser, in Gleichheit und Freiheit leben können. Ich bin überzeugt, dass die BDS-Bewegung den besten Weg darstellt, um jene Vision in die Realität umzusetzen. Wir werden auf die Versuche, Gesetze gegen die BDS-Bewegung zu erlassen, als auf die letzten, verzweifelten Versuche zurückblicken, Israel vom absolut notwendigen Druck abzuschirmen, damit es seine Politik ändert. Cuomo steht auf der falschen Seite der Geschichte.

Quelle: tlaxcala. Übersetzt von Milena Rampoldi



Zum Stand der Beziehungen zwischen Kuba und den USA

Blockade muss ein Ende haben

Vor einem Jahr wurde die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und Kuba mit der gegenseitigen Eröffnung von Botschaften besiegelt. Die kubanische Tageszeitung «Granma» sprach aus diesem Anlass exklusiv mit Josefina Vidal, der Leiterin der Abteilung Vereinigte Staaten im kubanischen Aussenministerium. Wir dokumentieren das Interview in leicht gekürzter Form.

Von Sergio A. Gómez

«Wir haben viele Jahre daran gearbeitet, einen Wandel in der Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Kuba zu erzielen», sagt Josefina Vidal, das Gesicht der kubanischen Diplomatie in den Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten.

Dabei bezieht sie sich nicht nur auf das Vierteljahrhundert, in dem sie sich bereits mit diesem Thema beschäftigt. «Man sollte die Geschichte lesen und sehen, wie Fidel in verschiedenen Momenten die Bereitschaft Kubas zum Ausdruck brachte, die Differenzen mit den Vereinigten Staaten vermittelt Verhandlungen zu besprechen und zu lösen, ohne ein einziges unserer Prinzipien aufzugeben. Und Armeegeneral Raúl Castro Ruz bestätigte, als er die Leitung unserer Regierung übernahm, dass wir immer dazu bereit gewesen sind, die Beziehungen zu diesem Land auf einer Ebene der Gleichheit zu normalisieren».

Dieser Prozess nahm am 17. Dezember 2014 seinen Anfang, nach mehr als einem halben Jahrhundert des Widerstandes des kubanischen Volkes gegenüber jeder Art von Aggressionen. Wenige Monate danach, am 20. Juli 2015, wurden die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen und die entsprechenden Botschaften in Washington und Havanna eröffnet.

Granma: Was ist erreicht worden?

Vidal: Um eine möglichst komplette Bilanz zu ziehen, muss man einen Zeitraum analysieren, der sich über mehr als ein Jahr erstreckt. Es muss der Verhandlungsprozess von fast sechs Monaten beachtet werden, der der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen voranging.

Ich ziehe es also vor, mich auf das in den letzten 19 Monaten Erreichte zu beziehen. In diesem Zeitraum sind Ergebnisse erzielt worden in vorrangigen Themen, die für Kuba von Interesse sind, auf politisch-diplomatischem Gebiet, dem der Kooperation und der Gespräche zu Angelegenheiten von bilateralem und multilateralem Interesse.

Unter den Aspekten, die für Kuba Priorität hatten, sind die Rückkehr von drei unserer Fünf Helden hervorzuheben, die in den USA inhaftiert waren, der Ausschluss Kubas aus der Liste der Terrorstaaten sowie die Erneuerung der Registrierung der Marke Havana Club in diesem Land.

Auf politisch-diplomatischem Gebiet würde ich die Schaffung der Bilateralen Kommission Kuba-Vereinigte Staaten hervorheben, um nach der Wiederaufnahme der Beziehungen die Agenda weiterzuführen. Es haben drei Zusammenkünfte mit wechselnden Sitzten stattgefunden und zwei weitere müssen folgen.

Es war wichtig, dass wir einen Mechanismus dieser Art vereinbarten, um Themen zu besprechen, die noch gelöst werden müssen, die Zusammenarbeit auf Gebieten beiderseitigen Interesses sowie die Gespräche über bilaterale und multilaterale Themen.

Was die Zusammenarbeit betrifft, sind zehn Abkommen unterzeichnet worden und gegenwärtig wird über weitere verhandelt bezüglich der Konfrontation des Rauschgifthandels, der Anwendung und des Vollzugs der Gesetzlichkeit, des Such- und Rettungsdienstes, der Reaktion auf das

Auslaufen von Erdöl im Meer, der Meteorologie, der seismischen Aufzeichnungen sowie der Naturschutzgebiete auf dem Land. Bei einigen ist man vorangekommen und möglicherweise bringen wir sie vor Ende dieses Jahres zum Abschluss.

Um einen Vergleich zu ziehen, zwischen dem 1. Januar 1959 und dem 17. Dezember 2014 haben Kuba und die Vereinigten Staaten nur sieben bilaterale Abkommen unterzeichnet, einschliesslich dreier zu Migrationsangelegenheiten, und davon sind fünf noch in Kraft. Wenn wir die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mitrechnen, sind es 11 Abkommen in den letzten 19 Monaten.

Sind das irrelevante Ergebnisse? Nein, ich glaube nicht, dass man das sagen kann bei zwei Ländern, die über ein halbes Jahrhundert hinweg keine Beziehungen hatten. Sind diese Fortschritte ausreichend? Das glaube ich auch nicht. Es bleibt noch viel zu tun.



Josefina Vidal (Foto: César A. Rodríguez/Trabajadores)

Wieviel ist auf wirtschaftlich-kommerziellem Gebiet erreicht worden?

In diesem Bereich sind gerade erst die ersten Vereinbarungen zwischen kubanischen und US-amerikanischen Unternehmen abgeschlossen worden, auf Gebieten wie den Telekommunikationsdiensten, der Verwaltung von Hotels und der Betreuung von Kreuzfahrtschiffen. Dadurch nutzen wir die noch begrenzten Räume, die durch die Modifizierung einiger Aspekte der Blockade durch die Regierung von Präsident Obama bereitgestellt worden sind. Es könnte noch viel mehr getan werden, wenn diese Politik eliminiert würde.

Die Blockade ist weiterhin gültig. Die Beschränkungen der Exporte aus den USA für Schlüsselzweige unserer Wirtschaft dauern an, es ist praktisch nicht möglich, in diesem Land kubanische Erzeugnisse zu importieren, über die Telekommunikationen hinweg werden die Investitionen der Vereinigten Staaten in Kuba nicht unter Generalizenz zugelassen. Bisher ist es nicht möglich gewesen, die Bankbeziehungen zu normalisieren. Und all dies könnte durch Durchführungsbeschlüsse des Präsidenten erlaubt werden.

Die Komponenten der Abschreckung und Bestrafung der Blockade, von exterritorialer Reichweite, haben für Kuba weiterhin negative Auswirkungen. Man blockiert weiterhin unsere Finanztransfers, man behält Zahlungen zurück, sogar in Währungen, die vom US-Dollar verschieden sind, man verweigert uns Serviceleistungen

aller Art, einschliesslich jener für unsere diplomatischen Vertretungen und Büros im Ausland. Gegen die ausländischen Banken und Einrichtungen, die zu unserem Land Verbindungen aufnehmen, werden immer noch Strafen verhängt.

Deshalb hat die Aufhebung der Blockade weiterhin hohe Priorität für Kuba und es wird von entscheidender Bedeutung sein, dass sie beseitigt wird, um in der Normalisierung der Beziehungen voranzukommen. Die Blockade ist eine Politik der Vergangenheit und sie muss enden. (...)

Auch wenn das Zentrum der Aufmerksamkeit der Blockade gilt, führt Kuba in seiner Agenda zur Normalisierung noch andere wesentliche Ansprüche an ... Sind diese auf dem Verhandlungstisch?

Die Blockade, die Rückgabe des illegal vom Marinestützpunkt eingenommenen Territoriums in Guantánamo, die exklusive Migrationspolitik für Kubaner, die subversiven Programme, die illegalen Radio- und Fernsehsendungen, die Entschädigungen, der Schutz des industriellen Eigentums sind ständige Themen in der Agenda Kubas in dessen offizi-

Die Regierung der USA hat 56 Jahre gebraucht, um die legitime kubanische Regierung anzuerkennen. Aber es ist sehr wichtig, klarzustellen, dass jedesmal, wenn sich das revolutionäre Kuba hingesetzt hat, um mit den USA zu verhandeln, sogar in den sporadischen Episoden, die es in der Vergangenheit gegeben hat, es dies immer vom Standpunkt der Gleichheit aus und auf der Grundlage des Respekts, der Gegenseitigkeit getan hat, ohne jegliche Zugeständnisse in Themen der Prinzipien unseren Innen- und internationalen Politik.

Einer der wichtigen Momente dieses letzten Jahres und ein Beispiel dieser Anerkennung war der Besuch Obamas in Kuba. Sind Sie mehrere Monate danach der Meinung, dass er positiv war, um bei den kubanischen Interessen und in der Normalisierung der Beziehungen voranzukommen?

Es war ein wichtiger Schritt im Prozess einer Verbesserung der Beziehungen. Es war auch eine Gelegenheit, um ihm unsere Positionen zu den für Kuba vorrangigen Themen mitzuteilen. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass Obama in das revolutionäre und sozialistische, souveräne und unabhängige Kuba reiste, um sich mit der historischen Führerschaft der Revolution zu versammeln, und nicht so wie der einzige andere Präsident der USA, Calvin Coolidge, der vor 88 Jahren das neokoloniale Kuba (...) besuchte.

Die Behörden der USA, einschliesslich Obama, haben gesagt, dass sich ihre Methoden wandeln, aber nicht die Ziele. Was bedeutet diese Feststellung für Kuba?

Bei der Wiederherstellung der Beziehungen vereinbarten wir, vom Standpunkt der Gleichheit aus und auf der Grundlage der Gegenseitigkeit, Beziehungen der Anerkennung und Zusammenarbeit zu entwickeln, die auf den Prinzipien und Zielen der Charta der Vereinten Nationen und des Internationalen Rechts begründet sind. Wir haben die Regeln klargestellt und werden nicht müde werden, ihre Erfüllung zu fordern.

Die Vereinigten Staaten haben eine Vorgeschichte der Nichterfüllung dieser Gebote ...

Die Beziehungen zu den USA sind für Kuba immer eine Herausforderung gewesen. Seit ihrer Entstehung waren sie stets von dem Widerspruch zwischen der Absicht der USA, die Insel zu beherrschen, und der Entschlossenheit der Kubaner, frei und unabhängig zu sein, bestimmt. Und daran wird sich nichts ändern.

Wir sind nicht naiv, wir kennen das strategische Ziel der USA und werden nicht unvorsichtig sein, wir werden stets wachsam sein.

Gleichzeitig stellt der gegenwärtige bilaterale Prozess Möglichkeiten dar, um erstmalig in der Lösung der anstehenden Probleme voran zu kommen – die nicht nur seit den letzten 56 Jahren, sondern seit Jahrhunderten bestehen –, und Vorteile für das Land und seine Entwicklung zu erhalten, die aus der Zusammenarbeit in Fragen beiderseitigen Interesses und der allmählichen Erosion und eventuellen definitiven Aufhebung der Blockade erwachsen, was es uns ermöglicht, zu handeln und kubanische Erzeugnisse und Leistungen auf diesen Markt zu bringen. Es geht darum, die Möglichkeiten zu nutzen, während gleichzeitig Klarheit herrscht und die Herausforderungen gehandhabt werden. (...)

Gegenwärtig gibt es eine Gegenoffensive der Rechten in Lateinamerika, die zeitlich mit der Änderung der Beziehungen zwischen Havanna und Washington zusammentrifft. Einige haben versucht, diese Tatsachen zu manipulieren. Bedeutet das Streben

nach einer zivilisierten Beziehung zu Washington, den Antiimperialismus der Revolution beiseite zu lassen?

Absolut nicht. Genauso, wie Kuba niemals gegen die Vereinigten Staaten gerichtet war, ist es jedoch zu tiefst antiimperialistisch und wird es auch weiterhin sein. Die Tatsache, dass wir versuchen, eine Beziehung neuen Typs zu den USA aufzubauen, beinhaltet keinesfalls, dass Kuba sich von seiner Aussenpolitik lossagt, die den gerechten Sachen der Welt, der Verteidigung der Selbstbestimmung der Völker und der Unterstützung der Bruderländer verpflichtet ist. Es wird auf kein einziges seiner Prinzipien verzichten. (...)

Wie viel mehr könnte Obama vor dem Ende seiner Amtszeit noch tun?

In den Massnahmepaketten, die von den USA angenommen wurden, um die Anwendung einiger Aspekte der Blockade zu modifizieren, war die Genehmigung privater Kredite und sogar die Benutzung des Dollars eingeschlossen, und auch die Anerkennung der Rolle des kubanischen Staatsunternehmens im bilateralen Handel, auch wenn deren Umsetzung durch das Weiterbestehen der Blockade an sich behindert worden ist.

Kuba hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, der Präsident solle seine Befugnisse für Durchführungsbeschlüsse maximal ausnutzen, um weitere Änderungen in der Politik vorzunehmen, was einen Beitrag zur Weiterführung des gegenwärtigen Prozesses in der Zukunft darstellen würde.

Kurz und gut, er kann noch viel mehr tun, um den Prozess mit Blick auf die Zukunft unumkehrbar zu machen.

Welche Stellung nimmt Ihrer Meinung nach der Wandel der Politik gegenüber Kuba in seinem Vermächtnis im Weissen Haus ein?

Eine Änderung jener Politik gegenüber Kuba befördert zu haben, die von zehn seiner Vorgänger angewendet worden ist, wird zweifellos in die Geschichte eingehen und Teil des Vermächtnisses des Präsidenten Obama in der Aussenpolitik sein.

Aus diesem Grunde, und auch wegen des Widerstandes Kubas und seines Volkes, und aufgrund der Anerkennung des Scheiterns einer Politik, die über mehr als fünf Jahrzehnte angewendet wurde, des Schadens, den diese der kubanischen Bevölkerung zugefügt hat und der Isolierung, die sie hervorrief, insbesondere in Lateinamerika und der Karibik, hatte der 17. Dezember eine hohe Bedeutung, sowohl innerhalb der Vereinigten Staaten als auch auf globaler Ebene. Die Welt erkennt an, was getan worden ist, ist sich aber bewusst darüber, dass noch viel mehr getan werden kann, und bringt ihre Meinung alljährlich in der UNO durch ihre Ablehnung der Blockade zum Ausdruck. (...)

Was können wir von einer «Normalisierung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten» erwarten? Ist sie möglich?

Auch wenn eines Tages alle anstehenden Fragen geklärt werden, einschliesslich der Blockade und der Rückgabe des in Guantánamo illegal besetzten Territoriums, müssten die USA, damit es normale Beziehungen gibt, von meinem Gesichtspunkt aus auch auf ihren historischen Anspruch verzichten, das Schicksal Kubas zu entscheiden und zu kontrollieren. Anderweitig wird es nicht möglich sein, dass es normale Beziehungen gibt.

Es könnte höchstens eine Beziehung des zivilisierten Zusammenlebens erreicht werden, die auf Achtung beruht und die sich nicht auf die Differenzen konzentriert, welche es weiter geben wird, sondern auf den Nutzen, den sie beiden Ländern und Völkern bringen könnte. (Quelle und Übersetzung: granma internacional)



Seit 15 Jahren aus Gewissensgründen in Haft Die höchste Instanz

Die aus Puerto Rico stammende Ana Belén Montes sitzt als politische Gefangene aus Gewissensgründen in den USA eine langjährige Haftstrafe ab (siehe u.a. UW 4/2015). Derzeit laufen Bestrebungen in vielen Ländern, Präsident Barack Obama dazu zu bewegen, die Friedensaktivistin zu begnadigen. Wir dokumentieren Auszüge aus einer Rede, die ihre Cousine Miriam Montes Mock Ende Juli 2016 am 8. Kontinentaltreffen der Solidarität mit Kuba in der Dominikanischen Republik gehalten hat. Die Übersetzung besorgte Martin Schwander.

Von Miriam Montes Mock

Vor vielen Jahren sagte der indische Pazifist Mahatma Gandhi: «Es gibt eine höhere Instanz als jene der juristischen Gerichtsbarkeit: Es ist das Gericht des Gewissens. Das ist die höchste Instanz von allen.»

Ana Belén Montes beschloss, ihrem eigenen Gewissen mehr zu gehorchen als dem Gesetz. Ihrem Gewissen zu folgen brachte ihr eine Gefängnisstrafe von 25 Jahren in einem US-Hochsicherheitsgefängnis ein.

Von aussen betrachtet gleicht das Gebäude einem riesigen Grabstein aus Beton. Umgeben wird es von einer Totenwache aus grünem, saftigem Gras, das in Kontrast steht mit der Öde des Raums. Aber aus dem Innern des Gebäudes gibt es keine Verbindung zum Leben ausserhalb. Es hat kaum Fenster. Innen stinkt der Ort nach Urin und Kot.

Die weissgetünchten Wände des tristen Federal Medical Center von Carswell im texanischen Fort Worth halten in einer ihrer Zellen eine Frau gefangen, die sich von den restlichen Insassinnen unterscheidet. Die Frauen dort schreien, kratzen, beißen, treten, zerstören, rasen und suchen den Tod. Sie hingegen hat sich ihre eigene Blase geschaffen. In dieser Hülle sieht sie alles, hört alles, fühlt alles: aber sie stirbt nicht. Würde diese Blase platzen, lebte sie in einem stürmischen Gehäuse. Irgendwie hat es Ana geschafft, sich selbst zu bleiben. Mindestens die Person, die Ungerechtigkeiten verabscheut und sich für die Solidarität mit den Benachteiligten entschieden hat. Ihr Blick bleibt lebhaft und ihr Geist ist wach.

Ana Belén Montes hat die Hölle von Carswell nun bereits 14 Jahre lang überlebt. Jeden Morgen erwacht sie in einen Tag hinein, der sich in nichts vom vorangegangenen unterscheidet: ohne Kontakt mit der Natur, ohne Umarmung ihrer Liebsten, ohne normale Gespräche, ohne Atmosphäre, die ihr Selbstwertgefühl fördern könnte. Ihr Gewissen jedoch ist ruhig. Das ist ihr Glück. Sie weiss, dass sie nicht ruhig leben könnte mit der Gewissheit, das kubanische Volk ignoriert zu haben. Ein Land, das von einem andern Land geprägt wird. Das eine Land mächtig und gierig nach Vorherrschaft. Das andere, Kuba, entschlossen, ein eigenes Regierungssystem aufzubauen.

In den Eingeweiden des Imperiums

Es war das Jahr 1985. Damals fand Ana Belén Montes eine Anstellung beim US-Militärgeheimdienst «Defence Intelligence Agency» (DIA). Sie selbst hatte sich um diese Stelle beworben, nachdem sie ihre Studi-

en über internationale Beziehungen an der John Hopkins Universität abgeschlossen hatte. Ana war eine herausragende Studentin. Wenige Jahre zuvor hatte sie an der Universität von Virginia im Fach Aussenpolitik bereits ihren Bachelor gemacht. Ihre Intelligenz, ihre analytischen Fähigkeiten und ihr ausgeprägtes Verantwortungsbewusstsein liessen sie beruflich schnell vorwärtskommen. Sie wurde der Luftwaffenbasis Boiling in Washington zugeteilt und arbeitete zunächst in der Auswertung von Geheimdienstmaterialien. 1992 wechselte sie zum Pentagon. 2001, zum Zeitpunkt ihrer Verhaftung, diente sie dort als eine jener Analytistinnen, die sich auf Kuba spezialisiert hatten.

Ana begriff den ideologischen Motor, der die arroganten Länder antreibt. Sie wusste, zu was diese Länder fähig sind, um ihre Geschäfte in fernen Ländern durchzusetzen. Die Interventionen der USA in den Ländern Lateinamerikas sind so alt wie die USA selbst. Nicaragua, Guatemala, El Salvador, México, Chile, die Dominikanische Republik, Puerto Rico und viele mehr waren Opfer illegaler Operationen der US-Regierung. Die Geschichte hat in ihrem Gedächtnis alles gespeichert.

Ana arbeitete in den Eingeweiden des mächtigen Landes. Während mehr als dreissig Jahre hatte damals die Politik der USA gegenüber Kuba in der Verhängung von Strafen bestanden. (...) Ana hätte darüber hinwegsehen können. Schliesslich ging es weder um ihr Land noch um ihr Volk. Sie hätte sich schweigend beugen können. Das tun, was so viele machen: den Job erledigen, und damit hat es sich. Ignorieren was unveränderlich schien. Aber Ana litt jedes Mal, wenn sich ein Staatsverbrechen gegen Kuba ankündigte. Noch ein Verbrechen, und noch eines. Sie entschied sich für einen Weg, den nur wenige beschreiten und der mit grossen Risiken behaftet ist. Ein Weg, der die eigene Freiheit aufs Spiel setzt. Wenn nicht sogar das Leben. Derselbe rechtschaffene Wunsch liegt ihm zugrunde, der Menschen antrieb wie Martin Luther King, Mahatma Gandhi, Simón Bolívar, Nelson Mandela, und so viele andere Heldinnen und Helden, die von der Geschichte anerkannt worden sind. (...) Sie waren erfüllt von den Grundsätzen, die uns menschlich machen und zu guten Nachbarn. Sie traten ein für die Würde des Menschen, verteidigten das Recht auf Selbstbestimmung, widersetzten sich der vorherrschenden Politik und wehrten sich gegen das von den Unterdrückern geschaffene Unrecht.

(...) Als hätte sie die heroischen Postulate der karibischen Unabhängigkeitskämpfer in ihrem Blut, setzte

Ana Belén Montes, Tochter puertoricanischer Eltern, geboren in Deutschland und aufgewachsen in den USA, ihr Leben aufs Spiel, damit Kuba sein Recht auf Selbstbestimmung trotz aller Hindernisse bewahren konnte, die ihm das nordamerikanische Imperium in den Weg stellte.

Ana Belén hatte es in ihren eigenen Händen. Wiederum brüteten die USA neue Angriffe gegen Kuba aus. Ana war hin und hergerissen: sollte sie handeln oder sollte sie schweigen? Sollte sie sich zur Komplizin der Aggressionen machen oder die kriminellen Machenschaften offenlegen? Sie hatte Angst. Sie kannte die möglichen Folgen ihres Handelns. Sie wusste: Fliegt sie auf, droht ihr eine lebenslange Haft, wenn nicht gar die Todesstrafe. Im Gegenzug konnte sie mit nichts rechnen, weder mit Geld, mit Gefälligkeiten noch mit Anerkennung. Ausser vielleicht mit der Einsamkeit, welche die verdeckte Arbeit und die damit verbundene extreme Diskretion mit sich bringen, und die ständige Furcht, entlarvt zu werden. Aber die Stimme ihres Gewissens war stärker. Sie wappnete sich mit Werten: Es ging darum, die Karibikinsel vor dem Staatsterrorismus zu schützen, der durch die USA organisiert und finanziert wurde. Das war ihr Verbrechen.

Dem Gewissen verpflichtet

Ana Belén Montes wurde am 21. September 2001 in ihrem eigenen Büro verhaftet. Die Sicherheitskräfte führten bei ihrer Verhaftung einen Rollstuhl mit sich, um sie allenfalls sitzend wegzubringen. Der Stuhl war nicht notwendig: Ana trat ihren Gang in den Kerker bleich und stumm aber aufrecht und mit erhobenem Kopf an.

Ein Jahr später, am 16. Oktober 2002, musste sich Ana vor dem Bundesgerichtshof der Vereinigten Staaten verantworten. Sie bekannte sich der Spionage für den Kubanischen Geheimdienst für schuldig und wurde zu 25 Jahren Haft in einem Hochsicherheitsgefängnis verurteilt. Mit gewohnter Standhaftigkeit erläuterte sie vor dem Bundesgericht die Prinzipien und Werte, die sie dazu bewegen hatten, das kubanische Volk vor der feindlichen Politik der USA zu schützen. In ihrem Plädoyer sagte sie unter anderem:

«Ehrenwertes Gericht, die Handlungen, die mich hierher gebracht haben, unternahm ich, weil ich meinem Gewissen mehr gehorcht habe als dem Gesetz. Ich halte die Politik unserer Regierung gegenüber Kuba für grausam und unfair, zutiefst unanbarschaftlich, und ich hielt mich moralisch für verpflichtet, der Insel zu helfen, sich gegen unser Bestreben zu verteidigen, ihr unsere Werte und unser politisches System aufzuzwingen.»

Auf der Seite der Benachteiligten

Ana Belén ist meine Cousine. Obwohl wir in verschiedenen Ländern gelebt haben (sie in den Vereinigten Staaten und ich in Puerto Rico) haben wir den Kontakt nie abbrechen lassen und uns manchen Sommer hindurch besucht.

Bereits als kleines Mädchen habe ich Ana bewundert. Ich erinnere mich an ihren Wissensdurst, an ihre besonnene Art, an ihre Zurückhaltung. Sie verstand sich gut mit ihren Eltern, ihren Brüdern, ihrer Grossmutter und ihren Tanten. Sie schien mir immer überlegt, freundlich, aufmerksam gegenüber den andern und zärtlich mit ihrer Familie. Bis hin zu ihrem langen, glänzenden Haar wollte ich sie als Zwölfjährige nachahmen. Mit der Zeit respektierte ich meine Cousine immer mehr. Ich beobachtete ihren Sinn für Ethik, ihre Fähigkeit, sich mit Benachteiligten zu solidarisieren und gegenüber den andern auf Distanz zu gehen. Einmal, als sie im Sommer zu

Besuch bei uns war, ergriff sie die Initiative, ein junges, minderbemitteltes Paar zu unterstützen, das heiraten wollte. Ana war damals sechzehn oder siebzehn Jahre alt. Sie kannte das Paar nicht näher, war auch nicht zur Hochzeit eingeladen, aber ihre Grosszügigkeit bewog sie, den beiden anonym unter die Arme zu greifen und die finanzielle Belastung der Hochzeit zu mindern. Ihre Neigungen unterschieden sich zugegebenermassen sehr stark von der Lebensart, die in den materialistischen Gesellschaften propagiert wird: die Ausrichtung auf das Banale, auf die Überhöhung des Egos und auf den Hedonismus.

Während eines andern gemeinsamen Sommers fiel mir auf, dass sich Ana eines Tages ganz in Schwarz gekleidet hatte. Ich fragte sie nach dem Grund und sie antwortete mir: «Der Vater meiner besten Freundin ist gestorben.» Und fügte hinzu: «So fühle ich mich bei ihr.» Mit Gesten wie dieser, anonym, solidarisierte sich Ana mit jenen, die litten. Ihre Freundin hiess Terry. Ich werde das nie vergessen.

Wenn uns Ana in Puerto Rico besuchte, war der Strand ein Muss. Sie liebte es, sich ins Meer zu stürzen, an der Sonne zu liegen, frische Ananas zu essen und Kokosmilch zu trinken. Sie genoss die Gesellschaft ihrer Cousins und Cousinen und erfreute sich an deren Schelmereien. Immer achtete sie darauf, die Grossmutter zu besuchen, ihre Tanten und Grosstanten. Alle beschenkte sie. Zu allen war sie sehr liebevoll.

In den vierzehn Jahren seit ihrer Einkerkung haben Ana Belén und ich uns so oft geschrieben, wie es die Umstände erlaubten. Ich denke, dass wir uns seither noch näher gekommen sind. Unsere Briefe sind Umarmungen aus der Ferne. Gedruckte Worte, ein Luxus. Mit ihrer Hilfe erzählen wir uns das Leben und die Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen. Sie, aus ihrer engen physischen Welt. Ich, aus der Breite eines Raumes ohne Riegel. Aber der Geist kennt keine Mauern. Die Worte die wir austauschen, dringen hindurch. Die Sehnsüchte von Ana und die meinen, ihre und meine Gedanken, unsere Lieben.

Ana Belén widersteht

Sie weiss es nicht, aber mich hat ihre fürsorgliche Energie stets beeindruckt. Es ist, als ob sich in ihre Zellen das Bewusstsein eingebrannt hätte, dass der «Andere» existiert, unterschiedlich zu ihr, aber von gleichem Wert. Bereichert hat mich auch ihre Fähigkeit, aufmerksam zuzuhören, mit Worten und Gesten Anteil zu nehmen, zu reagieren auf fremden Schmerz und sich zu einem Teil der Lösung zu machen. Aber Ana hat mir noch etwas geschenkt. Mit ihrem Vorgehen wurde sie zu einem Vorbild von Mut und Demut. Und sie hat mir das Privileg gegeben, sie zu begleiten, meinerseits «Schwarz» zu tragen, mich hinter die Gitterstäbe ihrer Zelle zu versetzen.

Ana Belén widersteht. Sie stärkt sich aus den Prinzipien, die sie ihrem Leben zugrunde gelegt hat. Als Präsident Obama am 14. Dezember 2014 erklärte, die vergangenen 50 Jahre hätten bewiesen, dass die Isolierung Kubas nicht funktioniere und eine neue Strategie vonnöten sei, schlug ihr Herz hoch. Ana ist nicht blauäugig. Sie weiss, dass die USA ihr Ziel weiter verfolgen werden, wenn nicht mit der Peitsche, so diesmal vielleicht mit Zuckerbrot. Trotzdem interpretiert sie die Geste des Präsidenten als Hinweis auf eine mögliche Versöhnung zwischen beiden Ländern. Und dass ihr Traum von einer Freundschaft zwischen beiden Völkern damit Realität werden könnte.

Ana widersteht dank der Loyalität, die sie ihrem eigenen Gewissen gegenüber bewiesen hat. Dieses näm-

lich, ob wir es wollen oder nicht, verlässt uns nie. Das Gewissen von Ana begleitet sie in ihrer Einsamkeit. Und ich bin überzeugt davon, dass es ihr inmitten der Hölle, die sie durchlebt, ein unendliches Gefühl des Friedens schenkt.

Ana (...) ist sich bewusst, dass es trotz der Ungerechtigkeiten, die sie erlebt hat, menschliche Güte gibt. Und plötzlich weiss sie sich auch geliebt durch eine ganze Gruppe von Brüdern und Schwestern aus Kuba, Puerto Rico, Frankreich, Brasilien, Italien, Kanada, der Dominikanischen Republik, Chile, Argentinien und vielen andern Ländern, die sie unterstützen und sich mit den Prinzipien solidarisieren, die sie verteidigt hat. Ich denke, ich täusche mich nicht wenn ich sage, dass dies ihr Herz erwärmt hat.

Ana lässt Gefühle zu. Sie weint, wenn sie von Gefühlen übermannt wird. Die Erkenntnis rührt sie, dass der Kampf für sie gleichbedeutend ist mit dem Kampf für ein Ideal, das breiter ist und über ihre alleinige Befreiung hinaus reicht. Dass es um einen Prozess geht, der Länder und Völker versöhnen will, der die Menschen dieser Welt einander näher bringen soll, auch wenn sie sich für unterschiedliche Lebensweisen entschieden haben. So, wie Ana selbst sich auf ein italienisches Sprichwort berufen hat: «Die ganze Welt ist ein Dorf.»

Ana liebt Kuba. Noch mehr liebt sie gerechte Sachen. Sie hat sich vor Kuba gestellt, weil es dabei um ein Land geht, das von einer mächtigen und feindlich gesinnten Nation gegängelt wird. Wäre das Gegenteil der Fall gewesen, wären Kuba und Puerto Rico die mächtigen Länder gewesen, so hätte Ana die winzige USA verteidigt.

Unverhandelbar solidarisch

Ana sieht sich nicht gerne im Vordergrund. Es stört sie, wenn sie als Heldin oder jemand Aussergewöhnliches bezeichnet wird. Ihr Handeln folgte in ihren Augen einer persönlichen Verpflichtung, die sie nicht ignorieren konnte. Wie etwa die kubanischen Fachkräfte, die sich verpflichtet fühlten, sich trotz grosser persönlicher Risiken in den Dienst afrikanischer Ebo-lapatienten zu stellen. Auch sie haben sich nicht deswegen geopfert, damit die Geschichte sie als Helden oder als etwas Besonderes anerkennen würde. Sie sind allein ihrem Gewissen gefolgt, haben die Risiken auf sich genommen und ihre Pflicht erfüllt. Eine Pflicht, die zu erfüllen ihnen – wie Ana – unabdingbar erschien.

So fühlt sich Ana. Deshalb sucht oder erwartet sie für ihr Handeln auch kein Lob. Deshalb erträgt sie die Schmähungen. Deshalb ertrug sie die Angst, die ihr Kampf mit sich brachte und deshalb erträgt sie die Hölle des Gefängnisses. Für sie ist die Unterstützung ihrer Sache gleichbedeutend mit der Unterstützung für die Souveränität Kubas gegenüber den Vereinigten Staaten. Oder anders gesagt: für das Recht eines jeden Landes dieser Welt, sich sein Schicksal selbst zu wählen.

Ana hält an diesem universellen Prinzip fest und ich bin sicher, sie wird ihr Leben weiterhin dafür einsetzen, dass Kuba sein Freiheitsideal nicht aufgeben muss.

So ist Ana. Internationalistin. Unverhandelbar solidarisch. Respektvoll gegenüber der Menschheit. Untrennbar verbunden mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Friedens, um die so viele Heldinnen und Helden durch die Jahrhunderte hindurch gerungen haben. Und mit der Bescheidenheit, die oft jene auszeichnet, die von noblen Idealen beseelt sind.



Kaiseraugst: Der erste Besetzungstag, 1. April 1975. Foto: Dokumentationsstelle Atomfreie Schweiz / Fotolib 1975

Dokumentationsstelle Atomfreie Schweiz

Portrait einer Volksbewegung

Mitte Oktober 2016 wird die Dokumentationsstelle Atomfreie Schweiz ihren neuen Standort an der Kleinhüningerstrasse 139 in Basel beziehen. Aernschd Born, der die Volksbewegung gegen die Atomkraft in der Schweiz mit seiner Gitarre massgeblich mitgeprägt hat, stellt uns das wichtige Archiv vor.

Von Aernschd Born

1945 fielen Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki. In den 50er und 60er Jahren wollte die Schweiz ein Atomwaffenstaat werden. Dazu benötigte er unter dem Etikett der «friedlichen» Nutzung der Atomkraft Atomkraftwerke. Die Schweiz produzierte erste Atomreaktoren und plante ein Dutzend AKW. Dagegen regte sich Widerstand. Seit über einem halben Jahrhundert engagieren sich Tausende Frauen und Männer für ein atomstromfreies Leben. Vor vierzig Jahren verhinderten wir durch die Besetzung des Baugeländes das geplante Atomkraftwerk in Kaiseraugst. Dass heute dort noch immer eine Wiese blüht und dass Bundesbern 2011, also nach 41 Jahren, den Atomausstieg und die Energiewende verkündete, nahm seinen Anfang in dieser gewaltfreien Aktion in Kaiseraugst.

Unser Widerstand hat Geschichte geschrieben

Die elf Besetzungs-Wochen vor den Toren Basels haben die ganze Region geprägt. Bis heute. Menschen verschiedener Generationen und mit zum Teil sehr gegensätzlichen politischen Überzeugungen verfolgten ein gemeinsames Ziel. Daraus entwickelte sich eine Volksbewegung, die in der neueren Schweizer Geschichte einmalig ist.

Diese Geschichte haben viele von uns aktiv mitgeschrieben. Und genau diese unsere Geschichte droht jetzt – zumindest in wesentlichen Teilen – verloren zu gehen. Zwar haben viele Zeitgenossen bei sich zuhause jahrelang Unterlagen und Dokumente über ihre Aktivitäten gegen die Atomkraft gesammelt. Inzwischen jedoch sind die aktiven Menschen aus der Besetzungszeit alt geworden. Nach und nach drohen ihre wertvollen Dokumente in Vergessenheit zu geraten.

Diesen Verlust will die «Dokumentationsstelle Atomfreie Schweiz»

verhindern. Der gleichnamige Verein wurde 2012 gegründet mit dem Auftrag, diese wertvollen Zeugnisse unserer Zeit zu sammeln, zu sichten und sie dann einer interessierten Öffentlichkeit und der Nachwelt zur Verfügung zu stellen.

Geschichte erhalten

Die heute aktive junge Generation ist wesentlich jünger als unsere Widerstandsbewegung. Die aktuelle Situation ist aber nur zu verstehen, wenn auch ihre Ursachen bekannt sind. Was geschah Mitte der 70er Jahre? Warum entschlossen sich bislang gesetzestreue Bürgerinnen und Bürger, mit einer illegalen gewaltfreien Aktion den Bau eines Todesmeilers in Kaiseraugst zu verhindern?

Als ich mich im frühmorgentlichen Schneeregen des 1. April 1975 mit meiner Gitarre zu den vielen jungen und alten Menschen auf die Baumaschinen setzte, war mir nicht bewusst, dass dies die Initialzündung zur grössten nationalen Volksbewegung des letzten Jahrhunderts sein würde.

Wie war das möglich? Was war genau geschehen? Wer waren die Akteure? Wer organisierte die späteren Pfingstmärsche, die vielen Bürgerinitiativen, die unzähligen Demonstrationen? Wie entwickelten sich die Auseinandersetzungen innerhalb der Bewegung? Alles Fragen, auf die schon heute manchmal die Antworten schwer zu finden sind. Soll morgen unsere Geschichte ganz vergessen sein?

Aus dem Volk. Für das Volk.

Die Dokumentationsstelle Atomfreie Schweiz will Geschichte unseres Kampfes bewahren. Wir wollen die Dokumente unserer Taten jedoch nicht auf Nimmerwiedersehen in dunkle Aktenschränke versenken. Wir wollen sie sichtbar machen, gerade auch aus dem Respekt gegenüber dem grossen Engagement zahlreicher Aktivistinnen und Aktivisten. Das Interesse über die Vorgänge der letzten 50 Jahre nimmt nicht ab. Unverändert erhalte ich jährlich mehrere Anfragen von Personen, die sich über unsere Bewegung informieren wollen.

Die Dokumentationsstelle versteht sich als aktive Informationsstelle. Sie archiviert sachgerecht die Dokumente

Wir sprechen interessierte Kreise an, Vereine, Organisationen, das universitäre Umfeld und Schulen, aber auch Einzelpersonen, die für ihre Studien, Doktorarbeiten oder Maturitätsprüfungen kompaktes anschauliches Material benötigen.

Wichtig ist uns dabei, dass wir nicht bloss in unseren Anfängen wühlen. Auch heute noch schreiben wir Geschichte, zum Beispiel mit den Menschenstrom-Festivals. Die Dokumentationsstelle macht lebendige Geschichte aktuell sichtbar und stärkt unsere Seite, z.B. auch im aktuellen Abstimmungskampf für einen geordneten Atomausstieg.

Qualität und Sicherheit

Unser Archivgut wird nach fachgerechten Kriterien erfasst, gepflegt und katalogisiert. Als Kurator bin ich Mitglied des Vereins Schweizerischer Archivarinnen und Archivare VSA. Dazu kommt noch die Liebe zum Thema, die Begeisterung an dieser Arbeit und das Herzblut hinzu.

Der erzwungene Standortwechsel

Die Dokumentationsstelle Atomfreie Schweiz befand sich bisher in einer Liegenschaft des Bundes an der Freiburgerstrasse 80 in Basel. Nun wird die Liegenschaft vom Staatssekretariat für Migration beansprucht. Eigenbedarf. Keine Chance für meine Frau Barbara und mich, längerfristig in unseren Wohn- und Arbeitsräumen zu leben. Nach zehn Jahren müssen wir nun unser mit viel Liebe erarbeitete Infrastruktur verlassen. Für die Dokumentationsstelle habe wir nicht weit von hier an der Kleinhüningerstrasse einen idealen Raum gefunden. Ab Mitte Oktober hat unsere Institution also eine neue Adresse.

Ab Mitte Oktober 2016: Kleinhüningerstrasse 139, 4057 Basel

Auch am neuen Ort lebt die Dokumentationsstelle hauptsächlich von den Beiträgen ihrer Mitglieder und von Spenden. Ohne die Solidarität vieler engagierter Menschen kann

unsere junge Institution nicht existieren. Jeder Beitrag hilft mit, unsere Geschichte am Leben zu erhalten. Ganz herzlichen Dank! Besuchen Sie uns auf www.atomfrei.ch

Wir freuen uns natürlich auch sehr über neues Archivmaterial. Falls Sie Dokumente besitzen, Zeitungsartikel, Fotos, Filme, Transparente, Protokolle, unveröffentlichte Lesebriefe und und und..., zögern Sie nicht, sich mit mir in Verbindung zu setzen. Ich freue mich auf Ihren Kontakt über doku@atomfrei.ch oder über 079 439 60 40.

Am 27. November:

Atom aus!

Kaum ein anderes Land ist besser positioniert für die Energiewende als die Schweiz: Die einheimische Wasserkraft liefert rund 60% unserer Stromversorgung. Wasserkraft und Solar- und Windkraftwerke ergänzen sich optimal. Die Technologien zur Nutzung der erneuerbaren Energien sind vorhanden, praxiserprobt und bezahlbar.

Am 27. November 2016 stimmen wir über die Initiative für den geordneten Atomausstieg ab, welche das Bau- und Betriebsverbot für neue AKW und maximale Laufzeiten von 45 Jahren für bestehende AKW for-



dert. Wenn es die Sicherheit verlangt, müssen AKW auch schon früher abgeschaltet werden. Darüber hinaus fordert die Initiative eine Energiewende, die auf Einsparungen, Energieeffizienz und dem Ausbau der Erneuerbaren basiert.

Die Initiative für den geordneten Atomausstieg wurde nach dem Atomunfall in Fukushima 2011 von den Grünen im Verbund mit anderen Organisationen lanciert. Kurz nach der Lancierung der Initiative haben Bundesrat und Parlament das Thema aufgenommen: Das Parlament will jedoch nur ein Neubauverbot ins Gesetz aufnehmen. Die Ausserbetriebnahme der alten AKW, den eigentlichen Risiken, plant das Parlament nicht. Aus diesem Grunde braucht es die Initiative für den geordneten Atomausstieg. Nur sie reduziert das Risiko eines Super-Gau wie in Fukushima.

Die Initiative für den geordneten Atomausstieg ist jedoch kein Gegenprojekt zur Energiestrategie 2050, sondern ergänzt und vervollständigt letztere mit der wichtigen maximalen Betriebsdauer für Atomreaktoren. Durch die damit einhergehende schrittweise Abschaltung der AKW bis 2029 entstehen Planungssicherheit für die ganze Schweizer Strompolitik und Investitionssicherheit für die vielen kantonalen und kommunalen Elektrizitätswerke.

Abschaltermine

Gemäss Initiative würden die bestehenden Schweizer AKW werden spätestens nach 45 Betriebsjahren abgeschaltet und vom Netz genommen. Das bedeutet für die einzelnen AKW: Beznau I: 2017, Beznau II: 2017, Mühleberg: 2017, Gösigen: 2024, Leibstadt: 2029.

Die 151 weltweit bereits stillgelegten Atomreaktoren wurden viel früher abgeschaltet als es die Initiative verlangt. Sie erreichten im Schnitt ein Alter von 25.6 Jahren (Stand 31.12.2015, IAEA). Zum Zeitpunkt der Abstimmung im November 2016 ist Beznau I 47, Mühleberg und Beznau II 45 Jahre alt.

Quelle: geordneter-ausstieg-ja.ch



Das erste Plakat zur Besetzung des AKW-Geländes von Kaiseraugst, 1975. Quelle: Dokumentationsstelle Atomfreie Schweiz

Spenden an

Dokumentationsstelle Atomfreie Schweiz, PC 60-638561-1; IBAN CH24 0900 0000 6063 8561 1

Wenn sich die Wirtschaft der Politik bemächtigt Globalisierung des Faschismus

Handelsabkommen wie TPP, TTIP, TISA und CETA wurden absichtlich als Instrumente zur Umgehung gewählter Regierungen konzipiert. Sollten sie abgeschlossen und umgesetzt werden, würde dies das Ende der Demokratie und die vollständige Kontrolle über fast die ganze Welt durch Grosskonzerne bedeuten.

Von Franklin Frederick

«In den letzten Jahren gab es einen Trend hin zu Demokratie und Marktwirtschaften. Dadurch verloren Regierungen an Bedeutung. Geschäftsleute tendieren dazu, diese Entwicklung gut zu heissen. Auf der anderen Seite bedeutet dies jedoch, dass jemand an die Stelle von Regierungen treten muss. Mir scheint logisch, dass dieser jemand die Konzerne sein müssen.» David Rockefeller

«Auch in demokratischen Ländern sind wir weit mehr durch einen totalitären Bewusstseinszustand vergiftet als wir denken.» Jean Guéhenno, Journal 1937

Von der Schweiz aus muss man sowohl ost- als auch westwärts mindestens den halben Globus durchqueren, bevor man den Pazifik erreicht. Schon alleine aufgrund dieser Distanz ist es also ziemlich unwahrscheinlich, dass sich die Schweiz in der Pazifik-Allianz (PA) oder der Transpazifischen Partnerschaft (TPP) engagiert. Und doch: Das in der Schweiz ansässige transnationale Unternehmen Nestlé ist sehr stark in die PA und ihre Ziele involviert. Nestlé scheint zudem mächtigen Einfluss auf die Aussenpolitik der Schweizerischen Eidgenossenschaft zu haben, ist es dem Unternehmen doch gelungen, die Schweizer Regierung dazu zu bringen, sich der PA anzunähern. Darauf deutet zumindest das «First Youth Meeting of the Pacific Alliance» hin, das am 19. Mai 2016 in Peru stattfand. Folgendes kann man der Webseite der Veranstaltung entnehmen:

«Am von der PA und Nestlé organisierten Treffen kamen neben hochrangigen Vertretern und Vertreterinnen der Arbeits- und Bildungsministerien Chiles, Kolumbiens, Mexikos und Perus der Staatssekretär für Bildung, Forschung und Innovation der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Mauro Dell’Ambrogio, führende Geschäftsleute, Delegationen von Jungunternehmerinnen und -unternehmern sowie Studierende aus den vier Mitgliedsstaaten zusammen.»

Die PA entstand als Reaktion und als «Schutzmauer». Ihre Mitgliedsstaaten – Kolumbien, Chile, Peru und Mexiko – teilen die Ideologie der Markt deregulierung. Sie brauchen eine Schranke, um sich gegen die Politik der sozialen Inklusion, Marktregulierung und Verwendung natürlicher Ressourcen für die Entwicklung des eigenen Landes zu schützen, wie sie von den fortschrittlichen Regierungen Lateinamerikas vorangetrieben wird. Oberstes Ziel der PA ist der Abschluss von TPP.

Aber worum geht es bei TPP und all den anderen Handelsabkommen, die zurzeit verhandelt werden (TTIP, TISA und CETA), WIRKLICH? Sie alle haben vieles gemeinsam, so auch die Geheimniskrämerei um ihre Verhandlungen. Was wir wissen, verdanken wir vor allem der Arbeit von NGOs wie Greenpeace, Wikileaks und anderen, die Informationen zu den Abkommen zusammengetragen und öffentlich zugänglich gemacht haben.

Im Falle von TPP haben nur sechs von dreissig Kapiteln etwas mit Handel zu tun. In den restlichen Kapiteln geht es vor allem darum, Investorenrechte und Unternehmen davor zu bewahren, öffentlich Rechenschaft über ihre Tätigkeiten ablegen zu müssen. Wir können mit grosser Sicherheit davon ausgehen, dass TPP die Vorlage für die anderen Handelsverträge

liefert. Noam Chomsky nennt sie zu recht «Investorenrechtsabkommen». Sogar der frühere britische Staatssekretär für Handel und Industrie, Peter Liley – den man kaum als Linken bezeichnen kann – äusserte seine Bedenken zu TTIP wie folgt:

«Meine drei Hauptbedenken betreffen das Investor-Staat-Streitschlichtungsverfahren (ISDS). Dieses schafft ein System von Schiedsstellen – speziell geschaffenen Gerichten – vor denen ausländische Grosskonzerne gegen Regierungen klagen können (ohne, dass dies auf Gegenseitigkeit beruhen würde), deren Politik ihre Investitionen gefährden.»

US-Amerikanische Firmen könnten gegen die Britische Regierung klagen, sollte diese privat erbrachte Dienstleistungen im Bereiche der NHS (Gesundheitsversorgung), der Bildung und so weiter wieder in den öffentlichen Sektor integrieren wollen. (...) Diese Schiedsgerichte bieten ausländischen Multis eine eigens auf ihre Interessen ausgerichtete Rechtsordnung, unerschwinglich für kleinere ausländische Firmen (die durchschnittlichen Kosten pro Fall belaufen sich auf \$8 Millionen US-Dollars). Britische Unternehmen sind von ihr ausgeschlossen. Dazu kommt, dass es sich bei den «Richtern» um Wirtschaftsanwälte handelt, die, wenn sie nicht für ein Gericht tätig sind, für Grosskonzerne arbeiten und deren Interessen vertreten. Die Anhörung der Fälle finden meistens im Geheimen statt...»

Demokratie aushebeln

Dies gilt auch für TTP, TISA und CETA. Soweit wir wissen, sehen alle diese Abkommen ein ISDS vor. Der frühere Stellvertretende US-Finanzminister und Mitherausgeber des Wall Street Journal, Paul Craig Roberts – auch er ein Mitglied des «Establishment» –, schrieb in einem Artikel mit dem Titel: «Trans-Atlantic and Trans-Pacific Partnerships Complete Corporate World Takeover»:

«Seit zum ersten Mal von diesen «Partnerschaften» die Rede war, habe ich immer wieder darauf hingewiesen, dass ihr Zweck darin besteht, Grosskonzernen Immunität vor den Gesetzen der Länder zuzusichern, in denen sie Geschäfte machen. Der wichtigste Mechanismus dieser Immunität besteht im Recht der Konzerne, gegen Regierungen und deren Behörden zu klagen, aus deren Gesetzen und Bestimmungen ihnen Gewinneinbussen erwachsen können. (...) Die «Partnerschaften» schaffen «Gerichte», deren Mitarbeitende von den Konzernen selber eingesetzt werden und die ausserhalb des Gerichtswesens einer souveränen Regierung stehen. Die Gerichtsverfahren finden vor diesen Konzerngerichten statt. Mit anderen Worten, die Konzerne sind gleichzeitig Richter, Geschworene und Ankläger. Sie können nicht verlieren. Die «Partnerschaften» setzen geheime Regierungen ein, die nicht zur Rechenschaft gezogen werden können, über den gewählten Regierungen stehen und mehr Macht haben als diese.»

In der Tat ist es so, dass TPP, TTIP, TISA und CETA absichtlich als Instrumente zur Umgehung gewählter Regierungen konzipiert wurden. Sollten sie abgeschlossen und umgesetzt werden, würde dies das Ende der Demokratie und die vollständige Kontrolle über fast die ganze Welt durch Grosskonzerne bedeuten. Angesichts dieser Tatsache ist kaum erstaunlich, dass ein transnationales Unterneh-

men wie Nestlé TTP unterstützt, wird Nestlé doch direkt von TTP und den anderen Handelsabkommen profitieren. Umso bedenklicher ist, dass ein Land wie die Schweiz, das stolz auf seine demokratische Tradition ist, Seite an Seite mit Nestlé TTP unterstützt. Ganz zu schweigen von der Beteiligung der Schweiz an TISA, das eine Bedrohung des bestens ausgebauten öffentlichen Dienstes der Schweiz darstellt.

Faschistisches Projekt

Was in diesem Zusammenhang dringendst verstanden und öffentlich diskutiert werden muss, ist die Tatsache, dass die Kontrolle über die Welt durch Grosskonzerne dem faschistischen Projekt entspricht. Für Mussolini, den Vater des Faschismus, waren Grosskonzerne effizienter als Regierungen. Die Art und Weise, wie er für Privatisierungen einstand, deckt sich mit den Zielen heutiger Handelsabkommen und neoliberaler Ideologie allgemein. Der Gelehrte Germà Bel schrieb in einem Artikel im Cambridge Journal of Economics: «Privatisierung war 1922-1925 in Italien ein wichtiges Instrument. Die faschistische Regierung stand in den 1920er Jahren mit der Übergabe staatlichen Eigentums und Dienstleistungen an private Firmen alleine da. Kein anderes Land der Welt sonst wendete eine solche Politik an, bevor sie von Nazideutschland zwischen 1934 und 1937 umgesetzt wurde.»

Keiner schrieb fachkundiger über dieses Thema als der Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi, Autor des Klassikers «The Great Transformation». Er hatte den Aufstieg des Faschismus miterlebt und verwendete viel Energie darauf, diesen zu verstehen, um ihn besser bekämpfen zu können. Seine Botschaft ist heute von grosser Bedeutung und es lohnt sich, zu seinen Schriften zurückzukehren. In einem Essay mit dem Titel «Marxism Redefined» schrieb Polanyi:

- «Faschismus entsteht aus der Unvereinbarkeit von Demokratie und Kapitalismus in einer vollständig entwickelten Industriegesellschaft.»
 - «Demokratie neigt dazu, zum Instrument der Einflussnahme durch die Arbeiterklasse zu werden. Kapitalismus bleibt der Bereich, in der Produktion unter der ausschliesslichen Kontrolle der Eigentümer ist. Dies führt unausweichlich in eine Sackgasse.»
 - «Entweder der Kapitalismus oder die Demokratie müssen deshalb verschwinden. Faschismus ist die Lösung aus der Sackgasse. Er erlaubt dem Kapitalismus weiterzubesuchen.»
 - «Die andere Lösung ist Sozialismus. Der Kapitalismus verschwindet, die Demokratie besteht weiter.»
- In einem anderen Artikel – The essence of fascism – schrieb Karl Polanyi:

«Grundsätzlich gibt es folgende Alternative: Ausweitung des Demokratieprinzips von der Politik auf die Wirtschaft oder schlicht und einfach Abschaffung der «demokratischen» Politik.»

Wie Polanyi es ausdrücken würde: solche Handelsabkommen sind nichts weniger als die Übernahme der Politik durch die Wirtschaft. Tatsächlich lautet so seit dem 19. Jahrhundert der totalitäre Traum der Grossunternehmer, beschrieben von Rockefeller im Zitat am Anfang dieses Artikels. Nur mittels der vollständigen Kontrolle über die Politik kann sich der Kapitalismus der Einschränkungen entledigen, die ihm zum Beispiel durch Arbeitsgesetze und Gesetze zum Schutze der Umwelt auferlegt werden. Machen wir

uns nichts vor: das WIRKLICHE Ziel all derer, die diese Handelsabkommen unterstützen, ist die Umwandlung der GANZEN Gesellschaft in einen einzigen Markt, in dem Demokratie und gewählte Regierungen keine Bedeutung mehr haben. An ihrer Stelle wird eine Elite von Konzerntechnokraten zu den wahren Herren der Welt. Polanyi formuliert es so:

«Nach der Abschaffung des demokratisch-politischen Bereichs bleibt nur das Wirtschaftsleben. Kapitalismus, so wie er in den verschiedenen Industriesektoren organisiert ist, wird zur ganzen Gesellschaft. Das ist die faschistische Lösung.»

Der Krieg des einen Prozent

Als Gesellschaft sind wir heute auf dem besten Weg hin zu einer «faschistischen Lösung». Die Konzentration von Reichtum und die daraus sich ergebende Ungleichheit haben ein noch nie dagewesenes Ausmass erreicht. Laut einer OXFAM-Studie besitzt ein Prozent der Weltbevölkerung schon heute mehr Reichtum als die restlichen 99 Prozent zusammen. Aus Sicht Polanyis würde Demokratie vor diesem Hintergrund automatisch zu einer gleichmässigeren Verteilung des Reichtums dieser Welt führen und Ungleichheiten dieses Ausmasses sogar verhindern. Aber die «faschistische Lösung», der Krieg des 1 Prozent gegen die Demokratie, dauert nun schon eine gewisse Zeit an. Sie hat bereits einen Grossteil des politischen Diskurses in der westlichen Welt eingenommen und erfolgreich verhindert, dass Demokratie weiterhin funktioniert. Unzählige Beispiele zeugen davon. Es ist zum Beispiel wichtig daran zu erinnern, wie die EU und der Grossteil der Mainstreampresse reagierten, als Griechenlands Bevölkerung in einer demokratischen Abstimmung Nein zu den von der Troika verhängten Sparmassnahmen sagte. Ich kann an kein besseres Beispiel für die Übernahme der Kontrolle über die Politik durch die Wirtschaft, wie es Polanyi ausdrücken würde, denken als das, was in Griechenland geschah. Gleichermassen aufschlussreich ist die Art und Weise, wie die Mainstreampresse und der Grossteil der westlichen Welt auf Regierungen reagieren, die ihre Politik – ihre Demokratie – gegen die Übernahme durch Grosskonzerne/die Wirtschaft verteidigen. Länder wie Venezuela, Kuba, Bolivien zum Beispiel – alles Länder, die NICHT an den Handelsabkommen beteiligt sind – werden als WENIGER demokratisch oder sogar als diktatorisch bezeichnet. Der aktuell von den Grosskonzernen, den Vertretern und Vertreterinnen des einen Prozent, gegen die Demokratie geführte Krieg kann sehr effizient sein. Das zeigt der Fall Brasiliens, dessen gewählte Regierung sich stur aus den Handelsabkommen raushielt und entschieden war, seine natürlichen Ressourcen – hauptsächlich Öl – für seine

eigenen Zwecke zu verwenden. Diese Regierung wurde, ach wie praktisch, durch einen «sanften» Putsch entmacht. Die neue Regierung kündigte postwendend die Freigabe der kommerziellen Ausbeutung der Ölserven für ausländische Konzerne an. Sie ist gegen den Willen der grossen Mehrheit der Bevölkerung Brasiliens bestrebt, sich an den Handelsabkommen zu beteiligen und ausländischen Firmen das Recht zu geben, in Brasilien Ländereien aufzukaufen.

Wir müssen uns der Bedeutung dessen, was hier passiert, bewusst sein. Ein solches Ausmass an wirtschaftlicher Ungleichheit und Demokratieabbau – das faschistische Projekt – kann nicht ohne Gewalt und Krieg gegen eine immer grösser werdende Anzahl Menschen durchgesetzt werden. In Lateinamerika sind die sanften Putschs in Honduras, Paraguay und Brasilien klare Beispiele eines faschistischen Krieges gegen die Demokratie, ein gewalttätiger Versuch der Wirtschaft, die endgültige Kontrolle über die Politik zu übernehmen. Wieder einmal erkannte Polanyi die grundlegende Entwicklung, die den gesellschaftlichen Dynamiken unserer Zeit zugrunde liegt:

«Die Geschichte der Gesellschaft unserer Zeit ist das Ergebnis einer doppelten Entwicklung: Eine Entwicklung beruht auf dem Prinzip des Wirtschaftsliberalismus, mit dem Ziel der Einsetzung eines sich selber regulierenden Marktes. Die andere Entwicklung beruht auf dem Prinzip der sozialen Sicherung, mit dem Ziel der Erhaltung der Menschheit und der Natur sowie einer produktiven Organisation der Gesellschaft...»

Vor dem letzten Schritt

Diese doppelte Entwicklung, wie Polanyi sie sah, hat ihren Höhepunkt erreicht. Die Mehrheit der weltweit am höchsten entwickelten Volkswirtschaften – die EU, die USA und Kanada, mit Ausnahme von Russland und China – sind an den Handelsabkommen beteiligt. Ihre Volkswirtschaften erhalten damit eine globale Reichweite und jeder einzelne Staat auf dem Globus wird davon betroffen sein. Die Handelsabkommen sind der letzte Schritt hin zur vollständigen Übernahme der Politik durch die Wirtschaft und somit des faschistischen Projektes. Ihre Umsetzung führt zu nichts weniger als der Globalisierung von Faschismus. Schweigen oder Gleichgültigkeit können wir uns angesichts dieser Tatsache nicht leisten.

Der Brasilianer Franklin Fredrick ist Mitglied des Koordinationskomitees von Alba Suiza und Nord-Süd-Preisträger des Luzerner Romero-Hauses für sein Engagement für das Menschenrecht auf Wasser. Er veröffentlicht regelmässig Artikel in der Schweiz. Quelle: Correo de las Americas/alba suiza. Deutsche Übersetzung: Natalie Benelli. Untertitel UW

Talon zum Mitbewegen

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ Mail (fak.): _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

- Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Mindestens Fr. 12.–/Jahr)
- Ich möchte Mitglied im Verein Schweizerische Friedensbewegung werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 20.– inkl. UW-Abo)
- Ich möchte ein Probeabonnement der UW
- Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis _____ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Schweizerische Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 Basel, sfb@bluewin.ch

ISSN 1423-6826
sfb@bluewin.ch
www.friedensbewegung.ch



Unsere Welt



Romesh Chandra, damaliger Präsident des Weltfriedensrates, an einer Solidaritätskonferenz mit den Völkern Libanons und Palästinas in Basel, Juni 1982. Foto: Claude Giger

Romesh Chandra (1919 – 2016)

Ritter des Friedens

Im Alter von 97 Jahren ist am 4. Juli 2016 in Mumbai der langjährige Präsident und nachmalige Ehrenpräsident des Weltfriedensrates und enger Freund der Schweizerischen Friedensbewegung Romesh Chandra gestorben.

Von Martin Schwander

Romesh Chandra, dieser noble Streiter für den Frieden, war unserem Land auf vielfältige Weise verbunden. Nicht nur präsierte er mehrere Male UNO-Plenartagungen in Genf, sondern leitete auch wichtige Tagungen des Weltfriedensrates in Basel, so beispielsweise die Weltkonferenz zur Ausmerzung des Rassismus und der Rassendiskriminierung im Mai 1978, zwei Internationale Solidaritätskonferenzen mit dem Volk Palästinas 1979 und 1980 und eine Internationale Konferenz über die israelische Invasion im Libanon vom Juni 1982.

Immer konnte er dabei vor Ort mit der tatkräftigen Unterstützung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB) und insbesondere ihres damaligen Sekretärs Hans Joe Stebler rechnen. 1984 reiste Chandra denn auch zum 60. Geburtstag des Schweizer Friedenskämpfers an und meinte in seiner Ansprache: «Ein guter Schweizer kann nur sein, wer ein guter Internationalist ist. Umgekehrt ist nur ein guter Internationalist, wer sein Land und sein Volk liebt. Beides trifft bei Hans Stebler in hohem Masse zu.» Und als Joe 1994 starb, schrieb Chandra in einem Nachruf: «Der Frieden hat einen seiner liebsten Vorkämpfer verloren. (...) Das Basel von Hans wurde zu einem Zentrum der Solidarität; von dort ging konkrete Hilfe an jedes Volk aus, das in seinem Kampf für Unabhängigkeit, Gerechtigkeit und Befreiung Unterstützung und Ermutigung benötigte. Das Basel von Hans bleibt heute und auch morgen Heimat einer Friedensbewegung, die sich der Freundschaft mit allen verschrieben hat, die sich für eine bessere Welt einsetzen.»

Romesh Chandra sei ein würdiger Sohn der indischen Arbeiterbewegung und eine führende Persönlichkeit der internationalen Friedensbewegung gewesen, erinnert der Weltfriedensrat an seinen verstorbenen Ehrenpräsidenten. «Er war das Beispiel eines

Internationalisten, der niemals seine Identität und Werte aufgegeben hat.»

Romesh Chandra wurde am 30. März 1919 im heutigen Faisalabad in Pakistan geboren. Bereits während seines Studiums in Lahore führte er den dortigen Studentenverband an und beteiligte sich am Kampf für die indische Unabhängigkeit. Während mehrerer Jahre sass er deswegen im britischen Kerker und schloss sich 1939 der Kommunistischen Partei Indiens an. 1952 half er bei der Gründung des All-Indischen Friedensrates mit und leitete diesen bis 1963. Nach drei Jahren als Chefredaktor der Zeitung «New Age» wechselte er 1966 als Generalsekretär zum Weltfriedensrat, dessen Präsidium er 1977 bis 1990 schliesslich übernehmen sollte.

«Chandra hatte eine persönliche Ausstrahlung, die mich an Mahatma Gandhi erinnerte», schreibt Wolfgang Ghantus, der ihn als Dolmetscher während Jahren begleitet hatte, in seinem Lebensbericht «Diener vieler Herren» 2012. «Für ihn zu dolmetschen war ein Vergnügen. Er war ein hervorragender, die Zuhörer und auch den Dolmetscher mitreisender Rhetoriker.»

Von Chandras Persönlichkeit tief beeindruckt zeigt sich noch heute die SFB-Aktivistin Zina China Bolun, die mit ihrem damaligen Gatten Philip Spillmann von 1983 – 1990 auf dem Sekretariat des Weltfriedensrates in Helsinki gearbeitet hatte. «Wenn sich Romesh ankündigte, gerieten auf dem Sekretariat alle in Aufruhr», erinnert sich Zina lächelnd. «Er konnte einem schon auf Trab halten. Als Chef war er fordernd und streng, gleichzeitig aber auch voll Schalk und Witz. Und im persönlichen Umgang halt unendlich liebenswürdig und bescheiden.»

Was Zina besonders an ihm schätzte, war seine noble Art im Umgang auch mit Gegnern: «Er blieb – selbst in härtesten Diskussionen – immer hochanständig, er hat nie jemanden erniedrigt und sich auch privat nie abschätzig über andere geäussert.»

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Julia Hoppe, Jonas Jäggi, Toni Mächtlinger, Ruedi Moser, Martin Schwander, Louise Stebler, Yannick van den Berg, Samuel Wanitsch
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.
Auflage: 3 000
Mail: sfb@bluewin.ch Telefon: 061/681 03 63 Fax: 061/681 76 32
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7

Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mithelfen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon auf Seite 5. Herzlichen Dank!

Fidel und seine Anläufe, die Schweiz zu besuchen

«Jungfrau-Joch ok»

Am 13. August wurde weltweit der 90. Geburtstag des kubanischen Revolutionsführers Fidel Castro gefeiert. Ein einziges Mal in seinem Leben, 1998, weilte der ehemalige Staatschef Kubas auch in der Schweiz. Drei weitere Male hätte es ihm fast gereicht.

Von Martin Schwander

Vergeblich hofften gegen 300 Schaulustige am 20. Mai 1998, vor dem Hotel Bellevue in Bern einen Blick auf den legendären Comandante zu erhaschen, der sich an diesem Nachmittag nach einwöchigem Aufenthalt in der Schweiz zu offiziellen Gesprächen mit dem Bundesrat traf und im Nobelhotel eine Pressekonferenz angekündigt hatte. Die Pressekonferenz fand zwar statt, doch war sie kurzfristig in den bundeseigenen Landsitz Lohn verlegt worden.

Mehr Glück hatte ein paar Tage zuvor der damals 20jährige Emmentaler Kuba-Aktivist Simon S., der zu den 200 Gästen gehörte, mit denen Fidel Castro nach einem Auftritt an der UNO-Welthandelskonferenz im Genfer Hotel «Intercontinental» privat zusammenkam. «Beim Eingang standen bloss zwei Männer von Fidels Sicherheitsdienst», erinnert sich Simon. «Sämi Wanitsch von der Vereinigung Schweiz-Cuba begrüsst alle persönlich. Damit waren wir zweifelsfrei identifiziert und vertrauenswürdig. Kontrolle ist gut, Vertrauen ist besser: Jedenfalls gab es keinerlei Leibesvisitationen oder Taschenöffnen etc.»

Dann kam Fidel rein, mit einem dicken Stoss Blätter in der Hand und erklärte: «Das ist die Rede, die für mich vorbereitet wurde. Aber eigentlich brauche ich alle diese Papiere gar nicht.» Sagt's, legte sie beiseite und sprach 4 Stunden ohne Unterbruch, rhetorisch perfekt aufgebaut, ohne je etwas abzulesen.»

Gerne hätte rund 30 Jahre zuvor auch die Fortschrittliche Studentenschaft Zürich (FSZ) den damaligen kubanischen Ministerpräsidenten zu einem solchen Vortrag nach Zürich geladen. «Dr. Castro würde zweimal sprechen», meinte FSZ-Vertreter Michael Dym in einem Schreiben vom 6. Dezember 1967 an die Zürcher Polizeidirektion: Einmal intern vor Studierenden der Uni und der ETH und das andere Mal öffentlich, «im Hallenstadion oder event. open-air bei einem Andrang von mehr als 10 000 Interessierten im Vorverkauf.»

Wie weit diese Einladung offiziell gediehen war, ist nicht mehr nachzuvollziehen. Dym selbst mahnte in seinem Gesuch um eine Redebewilligung «absolute Diskretion» auch gegenüber der kubanischen Botschaft in Bern an, da die FSZ «direkt und unter Auslassung dieser subalternen Stelle mit Herrn Dr. Castro verhandeln» würde. Aber ob Scherz oder nicht: Von der Polizei wurde die mögliche Ankunft des kubanischen Revolutionsführers auf alle Fälle ernst genommen und sofort liefen diverse Drähte heiss: An das Eidgenössische Justizdepartement betreffend Redebewilligung, von dort an die Bundespolizei und das Aussendepartement und schliesslich auch an die Schweizer Botschaft in Havanna: «waeren euch dankbar fuer

telegraphische mitteilung, ob ihr unter gegenwaertigen umstaenden eine auslandsreise von fc fuer moeglich haltet», kablete das EDA am 22. Dezember an Botschafter Fischli (mit Kopie an die Schweizer Botschaft in Washington...). Eine Reise Fidel Castros schein ihm gegenwaertig sehr unwahrscheinlich, schrieb Botschafter Fischli kabelwendend zurück, jedoch: «immerhin ist der regierungschef ziemlich unberechenbar und sprunghaft, sodass abgehen von bisheriger Praxis doch nicht ganz ausgeschlossen werden kann.»

Nach einer Anhörung des «offensichtlich enragierten Linksextremisten» Dym und in Absprache aller beteiligten Departemente beschied man, abzuwarten und die FSZ zu trösten: Die Bundesanwaltschaft sei bereit, «die Angelegenheit zu gegebener Zeit erneut zu prüfen, sobald Ihr Projekt konkretere Formen angenommen haben sollte», liess Bupo-Chef Amstein die FSZ am 5. Februar 1968 wissen. Jene aber war damals wohl schon von andern Sorgen getrieben: Der «Mai 68» stand vor der Tür.

Keinesfalls zur BBC

Wesentlich aufgeregter reagierte die Schweiz 1963 auf einen offiziösen kubanischen Versuchsballon.

Am 21. April 1963 nahm der junge Ministerpräsident bei einem Nachessen auf der Schweizer Botschaft Missionschef Stadelhofer beiseite und kündigte eine längere Reise durch Europa an. «Bei dieser Europareise», so schrieb Stadelhofer nach Bundesbern, würde er gerne die Schweiz und skandinavische Länder aufsuchen, u.a. um sich über die Verhältnisse in der Landwirtschaft zu informieren. «Aus der Frage, ob er Visum benötigte und im Auto reisen könne, ist zu schliessen, dass er weniger an offiziellen Empfang als an eigene Information denkt.» Diese Intention traf sich mit jenen der offiziellen Schweiz: Die Schweiz als neutrales Land lade selbst keine Staatschefs ein, gegen einen explizit privaten Besuch von Herrn Castro hätte sie jedoch nichts einzuwenden, wurde Stadelhofer beschieden.

Nachdem Fidel Castro Ende April überraschend rasch in die Sowjetunion gereist war, herrschte in der Schweiz etwas Ratlosigkeit: Kommt er oder kommt er nicht? Botschafter Stadelhofer schlug immerhin schon ein mögliches Programm vor, so u.a. die Besichtigung von BBC und namentlich Arbeiter-Siedlungen in Baden, eine Fahrt auf das Jungfrau-Joch, Besuch einer Uhrenfabrik und Kontakt mit Nestlé, die mit Kuba noch eine Rechnung offen hatte. «Obwohl neutralitätspolitisch unter Umständen recht interessant» sehe er einem Besuch Fidels in der Schweiz «mit einigem Bangen» entgegen, meinte Stadelhofer, aber schliesslich könne man es dem «gänzlich unorthodoxen kubanischen Premierminister» nicht übel-



90 Jahre Fidel Plakataktion

Während der Vernissage des Bildbandes «Fidel es Fidel» des kubanischen Fotografen Robert Chile im Januar 2016 in Berlin entstand während des Apéros spontan die Idee, man könnte eines der Bilder für einen Plakatausgang anlässlich des 90. Geburtstags des Comandante verwenden. Der Künstler stand der Idee sehr positiv gegenüber und so wurde sie über die Landesgrenzen hinaus zur konkreten Aktion der internationalen Solidarität mit Kuba weiterentwickelt und jetzt realisiert. Das vielbeachtete Plakat hing um den 13. August herum während einer Woche in den grösseren Städten der Schweiz an insgesamt über 80 Plakatwänden aus.

nehmen, wenn er die Schweiz einmal persönlich kennenlernen möchte.

Mit wachsendem Warten über konkretere Infos wuchs in Bundesbern der Bammel. Ja nicht ermutigen zum Besuch, war fürderhin die Devise, zumal auch Washington inzwischen «ernsthafte Bedenken» angemeldet hatte. In einer Note warnte US-Botschafter McKinney vor dem Image-Schaden, den die Schweiz in den USA erleiden würde und die Schweizer Botschaft in Washington informierte, dass eine Strömung im US-Aussenministerium einen Schweiz-Besuch des Kubaners «mit allen Mitteln» verhindern wolle, während andere die Möglichkeit sähen, in der Schweiz Anti-Castro-Kundgebungen zu organisieren.

Der Aufenthalt Fidels in der Sowjetunion dauerte und dauerte. Und obwohl der kubanische Aussenminister bereits am 9. Mai bezüglich Schweizbesuch «Entwarnung» gab, hielt man in Bern weiterhin den Atem an. Bezüglich Programm meinte Dr. Amstein von der Bundespolizei gegenüber dem EDA am 10. Mai: «Ausflug Jungfrauoch polizeilich sehr zu empfehlen», unter keinen Umständen hingegen sei ein Besuch der BBC vorzusehen: «Gefahr von Manifestationen span. und ital. Arbeiter».

Am 3. Juni 1963 meldete Radio Havanna die Rückkehr von Fidel nach Kuba: «Frage eines Schweizerbesuchs damit vorderhand nicht mehr aktuell», notierte ein erleichterter Botschafter Probst im EDA.

Bereits ein halbes Jahr später, im Februar 1964, begann das grosse Zittern erneut: Gerichteweise verlautete, Fidel werde an der UNO-Welthandelskonferenz in Genf teilnehmen. Das tat er dann auch – 34 Jahre später.

Quellen: Diverse Bundesarchiv